



WORTPROTOKOLL

des

Burgenländischen Landtages

zur

parlamentarischen Enquete

zum Thema

„Wie viel Betreuung braucht ein Kind?“

**Gute Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte
Betreuung in burgenländischen Kindergärten,
Kinderkrippen, Tagesheimstätten und Horten**

Donnerstag, 20. September 2007

10.17 Uhr - 13.16 Uhr

Programm

10.00 Uhr Eröffnung und Begrüßung durch Landtagspräsident **Walter PRIOR**

Einleitungsstatements von:

Landtagsabgeordneter **Ing. Rudolf Strommer**

Landtagsabgeordnete **Maga. Margarethe Krojer**

Landtagsabgeordneter **Johann Tschürtz**

Landtagsabgeordnete **Inge Posch**

Statement von:

Landesrätin **Mag. Michaela Resetar**

Fachreferate von:

Brigitte Goldmann

Leiterin der Ausbildung für Waldorf-
KindergartenpädagogInnen Österreich

Barbara Rosenkranz

Nationalratsabgeordnete

Universitätsdozent Dr. Johann Pehofer

Erziehungswissenschaftler an der Pädagogischen
Hochschule Burgenland

Gabriele Heinisch-Hosek

Nationalratsabgeordnete

12.00 Uhr allgemeine Diskussion

14.00 Uhr die Enquete wurde mit einem Imbiss abgeschlossen

Inhalt

Eröffnung und Begrüßung durch Landtagspräsident Walter Prior (S. 4)

Einleitungsstatements:

Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer (S. 7), Landtagsabgeordnete Maga. Margarethe Krojer (S. 8), Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz (S. 9), Landtagsabgeordnete Inge Posch (S. 11)

Statement:

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (S. 12)

Fachreferate:

Brigitte Goldmann (S. 14), Nationalratsabgeordnete Barbara Rosenkranz (S.17), Universitätsdozent Dr. Johann Pehofer (S. 21), Nationalratsabgeordnete Gabriele Heinisch-Hosek (S. 24).

Allgemeine Diskussion:

Landtagsabgeordneter Leo Radakovits (S. 28), Landtagsabgeordnete Andrea Gottweis (S. 29), Landtagsabgeordneter Wilhelm Heissenberger (S. 30), Landtagsabgeordnete Anna Schlaffer (S. 31), Landtagsabgeordneter Erich Trummer (S. 32), Landesrätin Verena Dunst (S. 32) Mag. Josef Haider (S. 34), Dir. Johannes Fenz (S. 34), Mag. Editha Funovics (S. 35), Mag. Regina Petrik-Schweifer (S. 36), Andrea Baumgartner (S. 37), Mag. Rita Krammer (S. 38), Landerat Dr. Peter Rezar (S. 38), Landtagsabgeordnete Gabriele Arenberger (S. 39), Landtagsabgeordnete Inge Posch (S. 40), Landtagsabgeordnete Doris Prohaska (S. 41), Landtagsabgeordneter Kurt Lentsch (S. 41), Landesrätin Mag. Michaela Resetar (S. 42), Landtagsabgeordneter Christian Illedits (S. 43), Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer (S. 45), Landeshauptmann Hans Niessl (S. 45)

Schlussstatements:

Nationalratsabgeordnete Barbara Rosenkranz (S.47), Universitätsdozent Dr. Johann Pehofer (S. 49), Brigitte Goldmann (S. 49), Nationalratsabgeordnete Gabriele Heinisch-Hosek (S. 49).

Schlussansprache:

Landtagspräsident Walter Prior (S. 51)

Beginn der Enquete: 10 Uhr 17 Minuten

Präsident Walter Prior: Einen schönen guten Morgen meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich e r ö f f n e die parlamentarische Enquete des Burgenländischen Landtages zum Thema „Wie viel Betreuung braucht ein Kind?“.

Diese Enquete erfolgt auf Antrag der Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer, Kollegin und Kollegen.

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Präsident des Burgenländischen Landtages darf ich Sie alle zu dieser Enquete des Landtages eben mit der Bezeichnung „Wie viel Betreuung braucht ein Kind?“ sehr herzlich begrüßen.

Der Landtag wird damit einmal mehr in dieser Legislaturperiode zum Diskussionsforum für ein gesellschaftspolitisch wichtiges Thema.

Ich darf daran erinnern, dass es seit der letzten Landtagswahl eine Enquete zum Thema Pflege, ein Symposium zu Fragen der älteren Generation und - erstmals im Burgenland - einen Jugendlandtag gegeben hat. Der Landtag öffnet sich damit bewusst für aktuelle Diskussionen und wird dadurch, meiner Meinung nach, auch aufgewertet.

Das Thema „Kinderbetreuung“ verdient mit Sicherheit eine engagierte und breite Diskussion. Ich halte es für ein erfreuliches Signal, dass quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche heute unbestritten ist, dass ein bedarfsorientiertes Kinderbetreuungsangebot eine gesellschaftspolitische Herausforderung ist. Das war bekanntlich nicht immer so.

Ohne in die Fachdiskussion anschließend einzugehen, möchte ich aus burgenländischer Sicht zwei wichtige Aspekte vorausschicken:

1. Wir haben ein hervorragendes Kindergartenangebot, das im Bundesländervergleich einen Spitzenplatz einnimmt. Dieses System wird von Gemeinden getragen und vom Land so intensiv mitfinanziert, dass es für alle Eltern in unserem Bundesland leistbar ist. Im Namen des Burgenländischen Landtages danke ich allen Gemeinden, unseren Kommunalpolitikern für ihren Einsatz!
2. Natürlich gibt es auch im Burgenland weitere Ansatzpunkte für Verbesserungen. Über sie wird heute, so hoffe ich zumindest, im Einzelnen noch geredet werden. Vorausschicken möchte ich: Die Berufswelt verändert sich rasant weiter, den Arbeitnehmern, speziell den Frauen, wird immer mehr Flexibilität abverlangt. Und damit sollte auch das Betreuungsangebot Schritt halten. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erfordert permanente Anstrengungen und sie darf nicht zum Lippenbekenntnis verkommen.

Das schließt für mich auch ein, dass wir „Beruf“ und „Familie“ nicht als Gegensätze verstehen dürfen. Gerade das Beispiel skandinavischer Länder zeigt: Je attraktiver die Angebote für die Kinderbetreuung sind, desto höher ist auch die Bereitschaft zur Familie. Dass wir uns im Burgenland in die richtige Richtung bewegen, beweist auch die Tatsache, dass es ein Geburtenplus gegeben hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte es für falsch, Frauen ein schlechtes Gewissen einzureden, wenn sie berufstätig sind oder es sein müssen. Frauen sollen gleichberechtigt am Arbeitsmarkt Fuß fassen können - und es wäre auch volkswirtschaftlich unsinnig, auf ein so großes Potenzial zu verzichten.

Die Politik hat dem Menschen nicht die Lebensformen vorzuschreiben, sondern muss die besten Rahmenbedingungen anbieten. Dazu gehört - neben den finanziellen Familienleistungen - auch ein zeitgemäßes Angebot für die Kinderbetreuung.

Ich verstehe die Fragestellung der heutigen Enquete daher umfassend: Welche Formen der Kinderbetreuung brauchen unsere Familien, brauchen unsere jungen Eltern und brauchen die AlleinerzieherInnen? Wie ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie optimal zu organisieren? Wie können wir - speziell im ländlichen Raum - Betreuungslücken schließen, die es zum Beispiel bei den Ferienregelungen und im Bereich der unter Dreijährigen sicher noch gibt und geben wird?

In diese Diskussion ist - nicht zuletzt seit dem Regierungswechsel auf Bundesebene - so meine Meinung, eine neue Bewegung gekommen. Diese Bewegung macht Mut, zeigt auch positive Ergebnisse:

- Der Stellenwert der Kinderbetreuungseinrichtungen als Bildungseinrichtung wird, ausgehend von den Denkanstößen der Sozialpartner, die sich einheitlich für eine Aufwertung des Vorschuljahres aussprechen, heute deutlicher gesehen als früher.
- Es gibt erstmals seit Jahren wieder Geld vom Bund zum Ausbau von Betreuungsplätzen und ich glaube, diesen Rückenwind müssen und sollen wir nützen. Landeshauptmann Hans Niessl verhandelt ja bereits intensiv mit der Familienministerin über den Einsatz dieser Mittel.
- Im Burgenland hat es 2005 eine Novelle des Kindergartengesetzes gegeben, das auch sehr positive Ansätze für die Weiterentwicklung beinhaltet. Diese greifen, meiner Meinung nach, und haben einen weiteren Qualitätsschub mit sich gebracht. Und es gibt auch jetzt wieder eine lebendige Diskussion über weitere Verbesserungspotentiale.
- Dabei müssen wir natürlich einerseits die pädagogische, die gesellschaftspolitische Seite berücksichtigen und dazu wird die heutige Enquete sicher beitragen.
- Andererseits sind natürlich auch, und vor allem, die Gemeinden als Kindergartenerhalter einzubeziehen - deshalb begrüße ich auch den „Runden Tisch“, der auf Initiative von der Frau Landesrätin Dunst im Herbst einberufen wird, wo auch die Gemeindevertreter und die Elternvertreter teilnehmen und aktiv eingebunden werden. Natürlich werden auch die Kindergartenpädagoginnen einen ganz besonderen Stellenwert auch in Zukunft bei der Betreuung dieser Kinder in den einzelnen Einrichtungen haben und auch aktiv eingebunden werden in diese Diskussion.

Diese heutige Veranstaltung soll neue Perspektiven eröffnen und soll zusätzliche Anregungen liefern, um hier dieses Thema weitgehend bearbeiten zu können. Ich freue mich sehr, dass wir dazu Expertinnen und Experten, hochrangige VertreterInnen der Politik gewonnen haben, die ihre Erfahrungen einbringen können.

Ich begrüße sehr herzlich Herrn Univ.Doz. Dr. Johann Pehofer von der Pädagogischen Hochschule Burgenland. Herzlich willkommen Herr Hochschulprofessor!
(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße die Abgeordnete zum Nationalrat Frau Gabriele Heinisch-Hosek. Herzlich willkommen!
(Allgemeiner Beifall)

Weiters darf ich begrüßen die Frau Abgeordnete zum Nationalrat Barbara Rosenkranz. *(Allgemeiner Beifall)*

Und last but not least, Frau Brigitte Goldmann, Leiterin der Ausbildung für Waldorf-KindergartenpädagogInnen in Österreich. Herzlich willkommen gnädige Frau! *(Allgemeiner Beifall)*

Natürlich darf ich Sie alle, meine sehr geehrten Damen und Herren des burgenländischen Landtages, des Nationalrates und des Bundesrates, sowie die Mitglieder der burgenländischen Landesregierung mit Landeshauptmann Hans Niessl an der Spitze, sehr herzlich willkommen heißen. *(Allgemeiner Beifall)*

Es freut mich, dass sehr viele Vertreterinnen und Vertreter der sozialen, politischen und kirchlichen Organisationen zu uns gekommen sind, die sich auch im Bereich der Kindergartenbetreuung engagieren. Ein sehr herzliches Willkommen auch Ihnen.

Ein herzliches Willkommen entbiete ich auch den Vertretern der Gemeinden, der Sozialpartner, der Kindergartenpädagoginnen, des Landesschulrates und der Lehrgewerkschaft. Auch die Medienvertreterinnen und -vertreter und Sie meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sie als Zuhörer und Mitdiskutanten heute zu uns gekommen sind, ein herzliches Willkommen!

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, wünsche ich mir und uns für diese heutige Enquete eine spannende, sachliche und konstruktive Diskussion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor wir in die Enquete einsteigen, möchte ich Ihnen noch einige Details zum Ablauf bekanntgeben:

Gemäß § 35 Abs. 4 GeOLT hat der Hauptausschuss des Burgenländischen Landtages alle näheren Regelungen über den Ablauf dieser Enquete zu beschließen.

In der 4. Sitzung des Hauptausschusses am Dienstag, dem 4. September 2007 wurden daher folgende Regelungen gefunden und getroffen:

Am Beginn der Enquete erhält jeder Landtagsklub die Möglichkeit, eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten für ein Einleitungsstatement zu nominieren. Die Wortmeldung ist mit fünf Minuten beschränkt.

Danach erfolgt ein Statement des zuständigen Regierungsmitgliedes, der Frau Landesrätin Mag. Michaela Resetar. Auch hier ist die Wortmeldung mit fünf Minuten beschränkt.

Danach folgen die Fachreferate unserer heutigen Expertinnen und Experten. Diese Wortmeldungen sind mit fünfzehn Minuten beschränkt.

Anschließend findet dann eine öffentliche Diskussion statt, zu der sich jeder hier im Sitzungssaal und auf der Galerie zu Wort melden kann.

Für die Wortmeldungen zur Diskussion wurden Anmeldezettel vorbereitet. Ich ersuche Sie daher, speziell von den Gästen, die hinter den Bänken und auf der Galerie sitzen, diese Anmeldezettel auszufüllen und hier vorne bei uns am Präsidium abzugeben. Die Zettel werden von Mitarbeitern sowohl hier im Sitzungssaal, als auch auf der Galerie entgegengenommen.

Die Reihung der Wortmeldungen erfolgt nach Einlangen der Anmeldezettel. Die Wortmeldungen selbst werden mittels Funkmikrofon vom Platz aus nach Aufruf erfolgen.

Ebenso wurde im Hauptausschuss vereinbart, dass um zirka 14.00 Uhr diese Enquete beendet werden soll.

Im Anschluss an diese Enquete darf ich Sie alle sehr herzlich zu einem kleinen Imbiss vor dem Landtagssitzungssaal einladen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir steigen jetzt direkt in die Enquete ein und ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Herr Abgeordneter, wie bereits erwähnt, beträgt Ihre Redezeit fünf Minuten.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben als ÖVP-Landtagsklub die Abhaltung dieser parlamentarischen Enquete zum Thema „Wie viel Betreuung braucht ein Kind?“ für den heutigen Tag vorgesehen.

Gute Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte Betreuung in den burgenländischen Kindergärten, Kinderkrippen, Tagesheimstätten und Horten soll das Thema dieser heutigen Enquete sein und wir erwarten uns von dieser Enquete, vor allem von den Fachexperten, Impulse für unsere politische Arbeit, um noch besser, als wir das bisher schon getan haben, die Betreuung für unsere Kleinsten, für die Kinder, organisieren zu können.

Wir freuen uns auf eine Diskussion mit den Mitgliedern der Landesregierung, vor allem mit der zuständigen Landesrätin Maga. Michaela Resetar, mit den Fachexperten, den Trägern wie den Gemeinden, der evangelischen Diakonie, der Caritas, der privaten Vereine und alle, die Kinderbetreuungsstätten in irgendeiner Form betreuen, um zu ergründen, wo die Bedürfnisse der Kinder liegen.

Wir, die wir die politische Verantwortung tragen, müssen auch immer gut aufpassen, damit wir nicht sozusagen, an Jenem, der den Bedarf hat, vorbei produzieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns anschauen, dass wir im Burgenland, für die Kinder von ein bis 15 Jahren insgesamt 183 Kindergärten, 35 Kinderkrippen, 45 Tagesheimstätten und 14 Horte zur Verfügung haben, so ist das wirklich eine große Zahl, wo hier auch die Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

In 277 Kinderbetreuungseinrichtungen werden 8.000 Kinder betreut, von rund 900 KindergartenpädagogInnen, HelferInnen, die nicht nur betreuen, sondern auch fördern und begleiten. Dieses Betreuungsangebot wird zusammen mit den Gemeinden, mit dem Land, mit Privaten ständig ausgebaut und erweitert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn heute schon die Rede war, dass seitens des Bundes für die Kinderbetreuung wieder Gelder zur Verfügung gestellt werden - wie damals bei der Kindergartenmilliarde, wir erinnern uns - und die Länder diese Mittel verdoppeln sollen, so müssen wir gut und sorgsam vorbereiten, wie wir diese Mittel einsetzen.

Wir haben diese Enquete am 6. Juli 2007 beantragt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe damals, als ich als Klubobmann diese Enquete einberufen habe, nicht gewusst, dass wenige Tage später, am 11. Juli 2007, hier in Eisenstadt ein Ministerrat mit diesem Thema tagen wird, wo im Ministerratsvortrag auch die Frühkindpädagogik beziehungsweise die Bildungsförderung in den Kindergärten, Thema sein wird.

Aufbauend auf diesen Ministerratsvortrag sind die Länder aufgefordert, gemeinsam mit dem Bund eine Vereinbarung, eine sogenannte 15a-Vereinbarung abzuschließen, wo diese Kinderbetreuung entsprechend für die einzelnen Länder genau adaptiert wird.

Hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich dann beim politischen Teil, nach den Fachexperten, hier haben wir doch Bedarf zu diskutieren, weil wir der Meinung sind, dass der Entwurf dieser 15a-Vereinbarung nicht hundertprozentig auf den Boden des Ministerratsvortrags vom 11. Juli 2007 erarbeitet wurde.

Weil im Ministerrat zwar davon ausgegangen wird, dass für alle Kinder Mittel zur Verfügung stehen sollen. Als Beispiel wird etwa angeführt, bei den unter Dreijährigen, aber nicht ausschließlich.

Wir sind der Meinung, dass wir - und diese Meinung hatten wir schon damals im Jahr 2005, als das derzeit gültige Kindergartengesetz hier im Hohen Landtag debattiert und auch beschlossen wurde, vertreten - auch für die Hortförderung eintreten, dass wir auch die Kinder zwischen sechs und 15 Jahren entsprechend am Nachmittag versorgt haben wollen. Daher wollen wir auch für die Hortförderung entsprechende Mittel zur Verfügung stellen.

Das sehe ich vorerst in diesem Entwurf der 15a-Vereinbarung noch nicht. Aber diese 15a-Vereinbarung ist auch noch nicht abgeschlossen, sie muss von der Landesregierung respektive auch dann hier vor dem Burgenländischen Landtag beschlossen werden. Ich bin guter Dinge, dass wir bis dorthin auch noch die entsprechenden Diskussionen führen, dass diese Gruppe auch entsprechend miteinbezogen wird. Ich danke Ihnen (*Allgemeiner Beifall*).

Präsident Walter Prior: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen! Sehr geehrte Herren, die bei dem Thema normalerweise sehr rar sind. Werte Kolleginnen und Kollegen! Wie viel Betreuung brauchen Kinder? Wie viel Aufmerksamkeit? Wie viel Ansprache zu erwachsenen Bezugspersonen, zu Gleichaltrigen? Viele Fragen, die sich stellen, zumal Kinder nicht ausschließlich zu Hause betreut werden, sondern auch außerhalb.

Was im Übrigen auch in der Vergangenheit durchaus der Fall war, dass sie nicht von den Eltern betreut worden sind. Zum Beispiel gerade die wohlhabenden Frauen haben nicht einmal ihre Kinder selbst gestillt oder sie sind in Großfamilien aufgewachsen, wo die großen Kinder auf die Kleinen geschaut haben.

Allein die ausschließliche Betreuung durch die Eltern garantiert noch nicht per se die Qualität der Betreuung. Die Ansprüche und die Erwartungen an die Betreuung von Kindern haben sich im Laufe der Zeit verändert. Von den Eltern wird heute viel mehr Zuwendung und kindgerechte Umgangsformen erwartet. Der Druck auf die Eltern ist enorm gestiegen.

Die Entwicklung des Kindes, seine Fähigkeiten, seine Eigenständigkeit optimal zu fördern und für möglichst gute Ausbildungschancen des Kindes zu sorgen. Das wirft die Frage auf, ob es vielleicht nicht auch ein Zuviel an Betreuung geben kann. Ein anderer Blickwinkel zum Thema „Wie viel Betreuung braucht ein Kind?“ ist der Focus auf die Frage: „Wie viel Mutterliebe, wie viel Vaterliebe braucht ein Kind?“

Die Diskussion, die sich vor kurzem in Deutschland abgespielt hat, ausgelöst durch die deutsche Familienministerin hat ganz deutlich gezeigt, dass nach wie vor in der Gesellschaft noch immer die Verantwortung für die Kinderbetreuung bei den Müttern liegt.

„Rabenmütter“ ist ein durchaus häufiges Wort. Der Herr Präsident hat das auch schon angesprochen. So habe ich zufällig auf einer Internetseite von einem Arbeitskreis der Kinderärzte der Region Augsburg im Zuge dieser politischen Diskussion, folgendes gefunden. Ich habe geglaubt, mich trifft der Schlag, das gibt es heute nicht mehr.

Dort stehen folgende wissenschaftliche Fakten: Nach jahrelangen Studien und Beobachtungen von Kinderärzten, Entwicklungsneurologen und Entwicklungspsychologen gibt es folgende fundierte Erkenntnisse: Eine feinfühligere Betreuung des Kindes durch die Mutter, ist Grundlage einer gesunden Entwicklung. Diese Betreuung kann und sollte durch die Mutter erfolgen und kann ohne Schaden für das Kind auch von anderen feinfühligeren Personen, wie zum Beispiel Oma oder Kindergärtnerin übernommen werden. Feinfühligere Väter wirken sich sehr positiv auf die Entwicklung der Kinder aus. Durch ungeeignete Erziehungsmaßnahmen hingegen können Väter mehr schaden als durch Abwesenheit.

Also bitte, das zeigt ganz deutlich, wo wir heute stehen. Alles was wir glauben, dass es anders ist, trägt. Da braucht es noch sehr viel, bis es auch bis zum letzten Mann durchgedrungen ist, dass auch Väter durchaus eine Bereicherung in der Betreuung ihrer Kinder darstellen.

Wie viel Betreuung ein Kind braucht, wird heute sehr unterschiedlich diskutiert. Jedes Kind ist anders, und findet andere familiäre Rahmenbedingungen vor. Es gibt auch unterschiedliche Lebensmodelle. Die Entscheidung nämlich, welches Lebensmodell für mich, für meine Familie, für meine Kinder, das beste ist, dies sollte den Familien überlassen werden. Dazu brauche ich aber eine Wahlmöglichkeit. Wir werden heute noch sehr viel hören, was das Burgenland alles kann und wie toll unsere Einrichtungen sind.

Tatsache ist, dass es im Burgenland ebenfalls eine größer werdende Schere gibt, diese klafft immer mehr auf, zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Kinderbetreuung. Das Burgenland hat nämlich an erster Stelle die höchste Betreuungsquote, das ist richtig. Aber keine einzige Untersuchung gibt dem Burgenland auch in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf den ersten Platz.

Da rutschen wir nämlich ganz schön weit zurück. Die Arbeiterkammerstudie bestätigt das, und der Rechnungshofbericht, den wir jetzt im Landtag vorliegen haben, ebenfalls. In der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, fehlt es noch viel.

Die Öffnungszeiten stellen einen wesentlichen Punkt dar. Ein zweiter wesentlicher Punkt, den ich hier anführen möchte, ist einfach die Qualität in den Kindergärten. Wenn mir einer sagt, dass eine Gruppengröße von 25 nicht ein Qualitätsverlust ist, nämlich bei so großen Gruppenanzahlen, kommt es sehr häufig auch zur Überforderung von Kindern.

Daher wäre unsere politische Forderung in diesem Zusammenhang, kleinere Gruppen und eine verpflichtende unterstützende zweite Kindergartenpädagogin. Das wäre ein Ansatz. 25 Kinder in einer Gruppe, das werden mir alle Expertinnen und Experten bestätigen, das ist die oberste politische Forderung, die wir hier und heute stellen wollen (*Allgemeiner Beifall*).

Präsident Walter Prior: Ich erteile nunmehr Herrn Abgeordneten Johann Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Ja, wir werden heute sehr viele Themenbereiche hören. Ich bin der Meinung, dass gerade das Thema Kinder ein sehr, sehr wichtiges Thema ist.

Ich bin auch sehr froh, dass sich unsere Nationalratsabgeordnete Barbara Rosenkranz, die ja selbst Mutter von zehn Kindern ist, heute Zeit genommen hat, um hier mit uns zu diskutieren.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die öffentliche Hand profitiert davon, dass österreichische Staatsbürger Kinder bekommen. Der Sozialstaat und unser Pensionssystem können nur dann auf hoher Stufe aufrecht erhalten werden, wenn viele junge Staatsbürger geboren und in das Sozialsystem aufgenommen werden. Wir alle wissen, keine Kinder heißt keine Kindergärten, heißt keine Schulen, keine Lehrer, keine Facharbeiter, schlichtweg keine Kinder - keine Zukunft.

Man sollte natürlich auch dieses heutige Thema aus verschiedenen Gesichtspunkten betrachten. Zum einen soll es die Möglichkeit der Selbstbetreuung geben. Hauptsächlich soll es aber die Möglichkeit der Wahlfreiheit geben. Beruf, Familie, Vereinbarkeit Beruf und Familie. Ich habe im Vorfeld schon ein bisschen mit unserer Nationalratsabgeordneten diskutiert. Eines muss man auch klar festhalten, dass ein Kind erst ab dem dritten Lebensjahr gruppentauglich ist.

Das heißt, wenn Kinder, und das gebe ich auch als Diskussionsstoff mit, wenn Kinder unter dem dritten Lebensjahr betreut werden müssen, dann ist es sehr, sehr schwierig hier eine Gruppenbetreuung durchzuführen. Denn desto jünger die Kinder, desto mehr Betreuungspersonal ist notwendig.

Wir sagen auch, dass man auch überlegen sollte, ob man nicht auch eine Betreuung außerhalb der Fünfwochentage andenken soll. Unter Umständen auch an einem Samstag. Viele Mütter sind Verkäuferinnen und müssen auch am Samstag dem Beruf nachgehen.

Ich selbst bin jetzt Großvater von zwei Kindern. Auch ich bekomme schon jetzt die Diskussion mit, wann meine Tochter wieder arbeiten gehen wird. Sie überlegt sehr viel. Das heißt, auch hier sollte man darüber nachdenken, ob man nicht eine Betreuung über den fünften Tag hinaus gewährleisten sollte.

Zum weiteren ist es mir ganz wichtig auch anzuführen, dass man auch im Bereich der Betriebskindergärten mehr unternehmen sollte. Auch die Betriebsbetreuung bedarf sozusagen natürlich einer Förderung. Auch hier muss es Anreize geben, damit Mütter die Möglichkeit haben, berufstätig zu sein und damit Mütter die Möglichkeit haben, auch mit kleinen Kindern, wenn sie das so wollen, berufstätig zu sein.

Natürlich ist alles was populistisch formuliert ist, nicht gut. Heute habe ich zum Beispiel gehört, dass in Deutschland die Frau Gabriele Pauli gesagt hat, ab dem siebten Jahr soll die Ehe automatisch enden und man kann sich dann halt irgendwie entscheiden, verlängert man die Ehe oder verlängert man sie nicht. Dann gebe ich ihr nach Deutschland mit, man sollte lieber an die Kinder denken.

Aber in Ordnung, das ist jetzt nur Diskussion, auch ihr Parteifreund Stoiber hat ihr gesagt, sie soll sich eine andere Partei suchen. Aber ich glaube, das ist sicherlich nicht die Diskussion, die geführt werden sollte.

Wir Freiheitlichen, wir treten auch dafür ein, dass es im Burgenland - und das hat auch etwas zu tun mit Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch mit der finanziellen Situation - auch kostenlose Kindergärten geben soll. Es gibt bereits kostenlose Kindergärten in Frankreich. Es spricht eigentlich nichts dagegen, weil schon jetzt das Land zwei Drittel der Kindergartenkosten übernimmt. Daher sind wir felsenfest davon überzeugt, dass das ein Ansatz ist.

Auch die Schulen sind kostenlos. Wenn ich mir einmal vorstelle, das Land Burgenland lukriert aus der Wohnbauförderung 150, 160 Millionen Euro Einnahmen mit den vorzeitigen Rückzahlungen und 110 Millionen Euro gibt man nur aus. Das heißt, hier ist schon viel Geld vorhanden. Dieses Geld sollte man in kostenlose Kindergärten und in die Kinderbetreuung investieren (*Allgemeiner Beifall*).

Präsident Walter Prior: Zu Wort gemeldet ist nun Frau Landtagsabgeordnete Inge Posch.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Inge Posch (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und wenige Zuhörer. Kinderbetreuung ist jetzt ein Thema, das plötzlich, ich hoffe nicht nur kurz vor den Wahlen, für alle Parteien ein Anliegen ist. Ich möchte mich aber zuerst einmal über den positiven Zugang freuen und gehe jetzt nicht davon aus, dass wir alle halben Jahr wählen müssen, um wirklich für die Kinder etwas zu bewegen in diesem Land.

Kinderbetreuung ist ein Thema, das uns als SPÖ schon ständig begleitet. Schauen wir zurück auf die Jahre 2002 und 2005, wo das Kindergartengesetz novelliert wurde. Die SPÖ hat in diesem Jahr, nämlich 2005, ganz klar gesagt, dass wir das Gesetz laufend evaluieren werden und auch laufend so verändern werden, dass es für alle Betroffenen ein Gesetz wird, das zu leben ist.

Die ÖVP hat 2005 gegen die Novellierung des Kindergartengesetzes gestimmt. Heute lese ich in einer Presseaussendung, wo der Klubobmann Strommer sagt: „Mit dem im Jahr 2005 im Landtag auf Initiative von Landesrätin Resetar beschlossenen Kindergartengesetz, ist uns ein Etappensieg in der Kinderbetreuung gelungen“.

Ich weiß es nicht, ob es Erinnerungslücken sind oder ob es die Tatsache ist, dass man doch jeden Sonntag beten gehen kann und daher manche Erinnerungen auch verwischen können und unklar ausgedrückt werden. Der SPÖ ist es klar, dass Betroffene nicht im Stich gelassen werden dürfen.

Für die SPÖ ist es ganz klar, dass dieses Ziel, dass wir auf Grund der letzten Kindergarten novellierung jetzt Österreichmeister im Burgenland sind, erreicht wurde. Festzuhalten ist: Wir haben hier eine Kindergartenhelferin mit angestellt. Auch die soziale Lage wurde für die Kindergartenhelferin verbessert.

Ein Mittagstisch wurde gefordert und dass die Öffnungszeiten verlängert werden sollen. Das alles sind Novellierungen, die allen helfen. Den KindergartenpädagogInnen, den Eltern und den Kindern und auch unseren Gemeinden (*Allgemeiner Beifall*).

Bei dieser Novellierung sind wir auf die Bedürfnisse aller eingegangen und so werden wir auch unseren Weg fortgehen. Die soziale Lage der HelferInnen habe ich bereits angesprochen, die auch eine sehr, sehr wichtige ist, wenn sie die Kinder im Kindergarten betreuen sollen.

Österreichmeister: Im Burgenland werden 97 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen von uns betreut. Die größte Kindergartendichte haben wir im Burgenland und das zu äußerst sozialen Preisen. Durchschnittlich kostet ein Kindergartenplatz im Burgenland 45 Euro. Wenn wir das mit anderen Bundesländern vergleichen, sind wir einsame Spitze. Das Barcelona-Ziel gibt uns jetzt aber neue Aufgaben, die wir natürlich gerne annehmen.

Mittelfristig wollen wir bis 2010 für 33 Prozent der unter Dreijährigen eine Betreuung festlegen. Der erste Schritt von unserem drei Stufenplan, der von der Landesrätin Dunst auch schon vorgestellt wurde, wird die neuerliche Novelle des

Kindergartengesetzes sein. Eine gemeindeübergreifende Betreuungseinrichtung und betriebliche Betreuungseinrichtungen weiter zu forcieren und zu fördern.

Der dritte Schritt, nachdem wir endlich wieder Rückenwind von Seiten des Bundes haben und Landeshauptmann Niessl hier in der Verhandlung ist, mit der 15a-Vereinbarung, werden wir hier ganz sicherlich weitere Plätze schaffen. Immerhin geht es hier um 2,5 Millionen Euro, die uns zusätzlich zur Verfügung stehen.

Nach diesem langen Stillstand, den wir von der Bundesebene hatten, sieben Jahre keine Frauenpolitik, sieben Jahren nichts für Kinderbetreuung gemacht wurde, haben wir jetzt endlich wieder ein Umdenken. Mit unserer Bundesministerin Doris Bures haben wir auch endlich wieder Geld bekommen.

Mit der „bunten Bundesregierung“ mit Unterstützung der Steindl/Resetar ÖVP wurde im Burgenland die Kindergartenmilliarde gestrichen und daher auch alle Gemeinden im Stich gelassen.

Das ändert sich jetzt endlich. Eine neue Ära in der Frauenpolitik ist angebrochen. Unsere nächsten Schritte werden sein, den Entschließungsantrag im Landtag einzubringen. Bei diesem Entschließungsantrag wollen wir die Flexibilisierung in den Kindergärten, Flexibilisierung mit Ferienbetreuung soll besser organisiert und schnell organisiert werden, sowohl für Kinder wie für Eltern.

Die Bewilligungsvoraussetzungen dafür müssen geschaffen werden, eine Senkung des Eintrittsalters auf 2,5 Jahre soll gefordert werden und flexiblere Spielräume sollen geschaffen werden, sowohl für Gemeindeverantwortliche wie für Eltern.

Das zweite: Einen runden Tisch, den Landesrätin Verena Dunst bereits im Juni angekündigt hat, wo wiederum die Vorgangsweise, die notwendig ist, geschaffen wurde, nämlich eine partnerschaftliche Vorgangsweise mit KindergartenpädagogInnen, Eltern und mit den Gemeinden. Die können hier nicht ausgespart werden, die bezahlen auch. Das wird von Landesrätin Dunst initiiert.

Ich denke mir, wenn wir eine gemeinsame Kraftanstrengung haben, nicht nur leere Versprechungen vor den Wahlen, dann werden wir einen weiteren Ausbau schaffen, der bereits 2008 spürbar ist. Vielleicht können sich die bunten Vögel in der ÖVP auch durchsetzen für eine fortschrittliche Politik (*Allgemeiner Beifall*).

Präsident Walter Prior: Danke Frau Abgeordnete. Ich ersuche nun Frau Landesrätin Mag. Michaela Resetar um ihr Statement.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Fachexperten! Durch die heutige Landtagsenquete wollen wir weitere Impulse zum Wohle der Kinder setzen. Ich danke daher dem ÖVP-Klub, dass er diese Landtagsenquete initiiert hat und das Kind mit seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt.

Die Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt zu rücken, bedeutet einerseits in die Lebensqualität gegenwärtiger und zukünftiger Generationen zu investieren. Aber gleichzeitig muss auf die gesellschaftlichen Anforderungen Bedacht genommen werden. Familie und Erwerbstätigkeit dürfen nicht im Widerspruch stehen. Väter und vor allem Mütter dürfen nicht zur Entscheidung Kind oder Beruf gezwungen werden, sondern sie sollen über ihre Lebensgestaltung entscheiden können.

In den nächsten Wochen werde ich eine landesweite Elternumfrage zum Kinderbetreuungsangebot starten. Erhoben werden die Bedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eltern brauchen Wahlfreiheit. Väter und Mütter dürfen keinen gesellschaftlichen Nachteil haben, wenn sie zu Hause bei ihrem Kind bleiben. Aber gleichzeitig müssen wir danach trachten, dass bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote für die Eltern, für die Kinder, zur Verfügung stehen.

Wir brauchen eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft und Arbeitswelt, wenn wir Wohlstand und Wachstum unseres Landes sichern wollen und zukunftsfähig bleiben wollen. Das bedeutet einerseits die individuelle Förderung von Kindern, die schon vor der Schule beginnen muss, andererseits aber selbstverständlich die Balance zwischen Familie und Beruf zu schaffen.

Als für die Kinderbetreuung im Land zuständiges Regierungsmitglied, will ich deshalb die Kinderbetreuung ausbauen. Ich setze daher auf differenzierte Angebote. Ich habe schon sehr viele Gespräche mit Eltern, mit KindergartenpädagogInnen, mit den KindergartenleiterInnen, Vertretern der Wirtschafts- und Arbeitswelt geführt und alle davon haben mir die Anliegen und Bedürfnisse im Bereich der Kinderbetreuung näher gebracht.

Eine von mir eingeladene Focusgruppe zum Thema „Bedarfsgerechte Kinderbetreuung“ und eine Meinungsumfrage bei allen KindergartenpädagogInnen, wir haben immerhin 900 an der Zahl, brachte ein sehr äußerst positives Ergebnis und viele interessante Anregungen und Ideen. Meine Ziele sind die Ausweitung der vom Land geförderten Öffnungszeiten, von derzeit 48 auf 60 Stunden. Die Senkung des Kindergartenalters auf 2,5 Jahre, die gleichzeitige finanzielle Förderung für alle Kindergärten in den Gemeinden, die Förderung des Hortes für eine gemeinsame Betreuung der Volks- und Hauptschulkinder, eine verpflichtende HelferIn ab einer Gruppengröße von 20 Kindern, die Förderung des Kindergartenbusses unter Einbeziehung des Bundes, sowie Pilotprojekte zu altersübergreifenden Kindergruppen.

Damit werden nicht nur die Rahmenbedingungen der Kinderbetreuung wieder ein Stück flexibler, sondern damit ist auch gewährleistet, dass es zu einer Qualitätssteigerung kommt in der täglichen Arbeit mit und für die Kinder. Beim Ausbau eines bedarfsgerechten flexiblen und partnerschaftlichen Kinderbetreuungsangebotes auf freiwilliger Basis, darf jedoch auf das Wichtigste nicht vergessen werden. Das Wohl des Kindes hat bei den Überlegungen im Vordergrund zu stehen.

Deshalb müssen wir alle danach trachten und unsere Kindergärten, Kinderkrippen, Tagesheimstätten und Horte so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können und sich die Kinder so entwickeln können, wie es ihrem Alter und ihrem individuellen Tempo entspricht.

Das Kind hat ein Recht auf Kindsein. Die heutige Enquete stellt das Kind in den Mittelpunkt. Für mich sind alle Kinder gleich. Ich mache keinen Unterschied zwischen den Kleinkindern und den Schulkindern. Ich versichere Ihnen, dass Sie in mir eine Mitstreiterin haben, wenn es um das Wohl des Kindes geht, denn Kinder haben für mich oberste Priorität. Sie sind nicht nur die Zukunft, sie sind auch die Gegenwart.

Lassen Sie mich mit einem Spruch enden. „Der Erwachsene achtet auf Taten, das Kind auf Liebe.“

In diesem Sinne freue ich mich auf die Fachexperten, die jetzt im Anschluss dran kommen werden (*Allgemeiner Beifall*).

Präsident Walter Prior: Meine Damen und Herren! Es erfolgen nun die Fachreferate unserer Expertinnen und Experten.

Ich erteile daher Frau Brigitte Goldmann das Wort.

Ich möchte nur anmerken, dass die Redezeit mit 15 Minuten beschränkt ist. Frau Goldmann, ich gebe, wie Sie das vielleicht schon gemerkt haben, immer 30 Sekunden vor Ende der Redezeit ein Glockenzeichen, damit Sie ihren Schlusssatz dann einleiten können.

Bitte um Ihr Referat.

Brigitte Goldmann: Sehr verehrte Anwesende! Ich bin sehr froh, dass ich heute zu Ihnen sprechen kann und möchte als Kindergartenpädagogin hier eine Lanze für das Kind brechen. Nachdem ich selbst, ich muss sagen jahrzehntelang als Kindergartenpädagogin gearbeitet habe, habe ich miterlebt, wie sich das auch verändert hat und der Bedarf größer geworden ist, dass Kinder betreut werden müssen, weil vor allem die alleinerziehenden Mütter eben ihre Kinder irgendwo unterbringen müssen.

Also, dass das angestiegen ist und wir daher Betreuungsplätze zur Verfügung stellen müssen, ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit, das ist klar. Aber andererseits darf es einfach nicht sein, dass Kindergärten zu Aufbewahrungsstätten werden. Dass man Kinder einfach abgeben kann, weil man eben arbeiten gehen muss.

Der Kindergarten, die Kinderbetreuung, muss familienergänzend bleiben. An den Kindergarten müssen pädagogische Anforderungen gestellt werden. Das heißt, es kann nicht um Quantität gehen, wie viele Kinder bringen wir da unter, sondern es muss um die Qualität gehen, wie betreuen wir sie am allerbesten.

Da heißt, unsere Aufgabe kann nur sein, Rahmenbedingungen zu schaffen für eine Qualität in der Kinderbetreuung. Ich erlebe immer wieder eine Sorge, dass von der Wirtschaft und von der Gesellschaft aus, Druck ausgeübt wird, dass eben es gar nicht immer darum geht, was Kinder wirklich brauchen, sondern dass es sehr oft darum geht, was will die Wirtschaft, was will die Gesellschaft.

Die bestimmen dann, wie lange die Öffnungszeiten sein müssen, ohne daran zu denken, wie das für das Kind ausschaut. Erwachsene vergessen eben sehr oft, dass Kinder nicht nur kleinere Erwachsene sind, sondern dass Kinder anders denken, auch auf eine andere Art und Weise lernen, als wir Erwachsene.

Sie haben andere Bedürfnisse. Sie kommen auf die Welt und wollen sich entwickeln, sie wollen die Welt verstehen lernen. Aber sie tun das nicht so wie wir Erwachsene, sondern sie tun das über Sinneswahrnehmungen, über Motorik, über Erlebnisse, über Eindrücke, die sie brauchen. Sie haben einen ganz starken Willen in die Welt hinein zu wachsen.

Wir haben die Aufgabe, den Raum und die Zeit dafür zu schaffen, dass ihnen möglich ist, Dinge wahrzunehmen, aufzunehmen und zu lernen.

Es gibt heute genug Forschung, die zeigt, dass das freie kreative Spiel, die beste Art zu lernen ist, also nicht nur wie viel Information geben wir den Kindern, wie viel Erklärungen geben wir den Kindern, sondern freies kreatives Spiel möglich zu machen, sodass die Kinder aus ihrer eigenen inneren Aktivität heraus lernen können und mit anderen Kindern zusammen sein können. Das verstehen wir. Das Kind hat ein Recht auf Kindheit.

Das heißt: Was braucht das Kind? Es braucht eigentlich eine Institution, eine Atmosphäre, die einer familiären Atmosphäre ähnlich ist. Wo das Kind sich wirklich wohl fühlen kann. Wo es eben nicht mehr als 20 allerhöchstens 22 Kinder gibt. Wenn man als Pädagogin mit Kindern arbeitet, dann bemerkt man, dass sich die Kinder heute ändern, dass sie schwieriger werden. Dass sie aggressiver werden, dass sie lauter sind.

Der Lärmpegel in einer Kindergruppe steigt an. Man erlebt, dass jedes einzelne Kind für sich betreut werden möchte. Dass jedes einzelne Kind eigentlich erwartet, dass die Kindergartepädagogin oder Kleinkindpädagogin oder Hortnerin für es da ist. Dass es jemanden gibt, der für seine physischen und emotionalen Bedürfnisse da ist.

Also ich kann nur aus eigener Erfahrung sagen, es braucht viel Kraft, es braucht viel Energie, diese individuelle Zuwendung den Kindern zu geben. Wenn also in einer Gruppe nur eine einzelne Pädagogin vorsteht, dann ist sie eigentlich überfordert. Eine Helferin oder eine zweite Pädagogin ist unbedingt notwendig. Man hat ja schließlich nicht nur die Kinder, man hat auch die Eltern zu betreuen.

Glauben Sie mir, aus meiner Erfahrung kann ich sagen, Elternbetreuung ist manchmal fast 50 Prozent der Arbeit. Die Eltern wollen auch unterstützt werden. Die Situation ist für manche Kinder so, dass sie von 7.00 Uhr früh bis 17.00 Uhr Nachmittag in der Institution verbringen. Das sind zehn Stunden! Das ist mehr als ein Arbeitstag, den Sie oder den wir als Erwachsene leisten.

Das Leben in der Institution bringt mehr Stress mit sich, als das Leben zu Hause, denn das Kind hat immer 20 andere und ist nie für sich. Es ist Lärm. Es gibt Konflikte. Es gibt Leistungsanforderung. Man braucht rund um das Kind eine ruhigere Atmosphäre.

Es gibt genug Forschung, die zeigt, dass bei Kindern, die immer in den Institutionen viele Stunden verbringen, das Stresshormon Cortisol erhöht wird und sich auf die Höhe von Dauerstress einstellt. Das hat auch gesundheitliche Folgen, und damit hat man später zu tun, wenn diese Kinder erwachsen sind.

Jetzt noch ein Wort zu den noch Kleineren. Zu den unter Dreijährigen. Wenn man in eine Gruppe, die drei- bis sechsjährige Kinder hat, eine Kindergartengruppe, wenn man da Zweieinhalbjährige oder Zweijährige dazu nimmt, dann muss man wissen, dass diese Zweijährigen mehr Zuwendung brauchen als ein Sechsjähriger.

Das heißt, sie brauchen rein physisch schon mehr Zeit. Sie müssen noch gewickelt werden, zum Teil noch gefüttert werden, sie sollen ihre Sprache entwickeln, sie sollen ihre Motorik entwickeln. Also da kann man auch sagen, dass es für das Kind selber so ist, dass es mit 20 anderen einfach überfordert ist.

Ich habe es oft erlebt, dass solche Kinder dann anfangen zu beißen, Haare zu reißen, einfach Dinge zu werfen. Zweijährige sind in einer großen Gruppe überfordert. Sie brauchen eine kleinere Gruppe. Sie haben schließlich zunächst mal die Aufgabe, dass sie Bindung erst aufbauen müssen. Sie waren zu Hause. Sie haben eine Bindung aufgebaut zu den Eltern. Jetzt gehen sie in die Institution und müssen erst neue Bindungen zu den Betreuungspersonen aufbauen.

Das können nicht zu viele sein. Das heißt, wenn dort ein dauernder Wechsel von Betreuungspersonal stattfindet, dann schaltet das Kind irgendwie ab und entwickelt sich nicht mehr positiv.

Auch wichtig ist, wenn kleinere Kinder kommen, dass da eine Zeit eingeplant wird. Eine Eingewöhnungszeit. Eine Zeit der Trennung von den Eltern. Es brauchen nicht nur

die Kinder diese Zeit der Eingewöhnung und der Trennung, sondern sehr oft gerade die Eltern, die ihre Kinder oft nicht loslassen wollen.

Kleinere Kinder brauchen Betreuung, Betreuerinnen, Pädagoginnen, auf die sie sich wirklich verlassen können. Sie brauchen, wenn sie Schmerz empfinden, wenn sie sich einsam fühlen, wenn sie Probleme haben, wenn sie in Konflikte kommen - und das ist doch das tägliche Leben -, dann brauchen sie jemanden, den sie ansprechen können, auf den sie sich wirklich verlassen können.

Das ist nicht nur wichtig für den Moment, sondern das ist wichtig für die Zukunft. Ein Kind, das sich auf Betreuungspersonen verlassen kann, wird sich auch später auf sich selbst verlassen können.

Meine Damen und Herren! Es ist wichtig, dass wir bei den kleineren Kindern eine Grundlage legen für das spätere Leben. Es geht nicht nur um den Moment, wo das Kind im Kindergarten ist, sondern es geht darum, dass da eine Basis geschaffen wird für das spätere Leben. Dass wir gesunde Kinder heranziehen und keine Kinder, die dann schon als ganz Kleiner emotionale Instabilität entwickeln. Wenn sie zuviel Stress haben, entwickeln sie eben emotionale Instabilität für später.

Es gibt heute genug Forschung, von den Neurologen, von der Gehirnentwicklung, da kann man das ganz genau sehen, wie man auch nachweisen kann im Gehirn, wenn zuviel Stress ist, wird nicht gut ausgebildet. Wenn ruhigere Atmosphäre ist, dann kann sich im Gehirn eine vielfältige Struktur ausbilden. Es kann das Kind ganz anders lernen, wenn es gut betreut wird.

Das heißt, ich meine, und das ist meine Erfahrung, ich habe selbst gearbeitet in einer Gruppe von Eineinhalb- bis Dreijährigen, zwölf Kinder in diesem Alter, das ist das Maximum, mit dem man da arbeiten kann. Mit drei Erwachsenen. Dann weiß man, dann sieht man, dass sowohl die Kinder als auch die Betreuungspersonen nicht überfordert sind.

In einer Kindergartengruppe - habe ich schon gesagt - 20 bis allerhöchstens 22, mit zwei Erwachsenen. Erst dann kann man garantieren, dass ein freies, kreatives Spiel überhaupt möglich ist. Dass Kinder sich motorisch, sensorisch gut entwickeln können. Dass man auch die Möglichkeit und die Zeit und den Raum hat, sie zu fördern. Es geht ja auch um die sprachliche Entwicklung. Da haben wir ja auch genug Probleme mit Mehrsprachigkeit und Kindern, die erstmal in die Sprache hier im Land hereinwachsen müssen. Diese sprachliche Betreuung braucht ja auch Zeit und Kraft.

Kinder sollen eben befähigt werden, grundlegende Basisfähigkeiten auszubilden. Nicht schon jetzt großartig viel zu wissen, sondern zunächst mal zu lernen, wie sie sich im sozialen Umfeld bewegen können, wie sie mit Konflikten umgehen sollen. Sie müssen sich selbst und andere kennen lernen können. Und das braucht Kraft und Zeit.

Lernen bedeutet nicht nur Wissen, lernen bedeutet, dass man Kraft dazu haben muss. Wir alle wissen, wenn wir müde sind am Abend, dann können wir nichts mehr aufnehmen. Also es braucht Kraft und Zeit, die wir den Kindern geben müssen, damit sie sich gesund entwickeln können.

Jetzt habe ich nicht mal die Glocke gehört. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Nachdem Sie bereits nach 13 Minuten und 50 Sekunden fertig waren, habe ich nicht das Glockenzeichen gegeben. Die Glocke wäre erst bei 14 Minuten und 30 Sekunden erfolgt.

Ich bedanke mich bei Ihnen Frau Goldmann.

Als Nächstes erfolgt das Fachreferat von Frau Nationalratsabgeordnete Barbara Rosenkranz.

Bitte Frau Abgeordnete.

Nationalratsabgeordnete Barbara Rosenkranz: Herr Landeshauptmann! Herr Landtagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr verehrte Damen und Herren! Wie viel Betreuung braucht ein Kind? Wenn es sich um Vorschulkinder handelt, aber eigentlich auch, wenn es sich um Volksschulkinder handelt, würde man sagen, 24 Stunden am Tag natürlich. Niemand könnte ein Kindergartenkind alleine lassen.

Ich erweitere daher diese Fragestellung, in der offenbar vor allem die außerhäusliche Betreuung gemeint ist, auch um die Betreuung in der Familie. Man sollte immer auch über beides reden.

Bevor ich zum Pragmatischen, auch Ökonomischen und Politischen komme, lassen Sie mich grundsätzlich eine Erklärung abgeben, eine Liebeserklärung an Kinder. Kinder sind, das weiß man, aber es ist tatsächlich so, das Wertvollste, das wir haben. Nur in ihnen leben wir weiter. Sie sind wie ein Pfeil, den wir über unser eigenes Leben hinausschießen können.

Aber grundsätzlich ist der Umgang mit Kindern, mit den eigenen oder auch mit fremden, oft auch sehr anstrengend, aber jedenfalls eine große Kostbarkeit. So wie es Schiller sagt: „Wir schätzen am Kind und wir verehren am Kind nicht seine Schutzbedürftigkeit und seine Kleinheit, seine Verletzlichkeit, sondern wir sehen in ihm das noch ungestörte Ideal. Das, was ein Mensch noch werden kann.“

Wenn man es richtig angeht, so ist es das auch. Darum bin ich auch ganz stark dafür, die Betreuung in beiderlei Hinsicht zu sehen.

Was daran soll den Eltern zustehen? Was ist in der Familie und was muss, was soll, was wollen auch die Eltern, was will die Familie, was soll außer Haus passieren?

Jetzt zum Pragmatischen. Kinder müssen sein. Das war immer so. Ist jetzt auch so, obwohl sich der Zusammenhang zwischen der sozialen Sicherheit des Einzelnen und Kindern aufgehoben hat. Wir haben ihn aufgehoben. Aber Kinder müssen sein. Das war seit Jahrtausend durch den generationenübergreifenden sozialen Zusammenhang in der Familie gegeben. Man nennt das Drei-Generationen-Vertrag.

Die mittlere Generation versorgt ihre alten Eltern und - das ist der springende Punkt, es wird manchmal auch so getan, als wäre es ein Zwei-Generationen-Vertrag, es ist ein Drei-Generationen-Vertrag - und zieht selbst Kinder heran, damit sichergestellt ist, dass es ihr, der mittlere Generation, wenn sie selbst dann alt ist, ebenso ergeht, dass Kinder zur mittleren Generation nachgewachsen sind.

Das ist ein Zusammenhang, der ist so vernünftig und vor allem in keiner Weise aufzulösen, es gibt keine andere Altersversicherung. Man könnte sich zwar etwas ansparen, aber dann ist man immer noch darauf angewiesen, dass wenn man selbst alt ist, ein anderer jung ist, um dieses Geld entgegenzunehmen und Pflege angedeihen zu lassen.

Kinder sind also die Voraussetzung für soziale Sicherheit im Alter. Noch einmal: Es war seit Jahrtausenden so in der Familie gegeben. Der Sozialstaat hat genau dieses selbe Prinzip schlicht und einfach auf die staatliche Ebene gehoben, den Zusammenhang natürlich nicht zerstören können, weil es gibt keinen anderen.

Jetzt ist es so, dass die mittlere Generation, die Erwerbstätigen, durch ihre Beitragszahlung alle Alten, ihre eigenen Eltern und andere auch, mit Pensionen ausstatten und - wieder hier der springende Punkt - selber eine genügende Anzahl von Kindern erziehen müssen, damit ihnen selbst im Alter jemand durch Beiträge Pensionen zukommen lässt. Lässt sich nicht aufheben.

Eines allerdings ist anders. Der Einzelne hat, und das ist ja auch das Schiefe am System, sozusagen einen Nutzen, wenn er sich systemwidrig verhält. Wer keine Kinder hat, kann in seinen jungen Jahren seine Einkünfte beinahe ungeteilt genießen und dennoch darauf vertrauen, dass ihm in Alter, nämlich dann die Kinder anderer Leute, eine Pension zukommen lassen.

Davor haben übrigens Sozialwissenschaftler gewarnt. Selten hat sich ein Politiker mehr geirrt als Adenauer damals. Von dem kennt man den Ausspruch, der hat gesagt: „Kinder kriegen die Leute sowieso.“ Es ist nicht so.

Aber dieser Zusammenhang besteht. Für den Einzelnen ist er aufgehoben, ja nahezu ins Gegenteil verkehrt. Aber, wir als Politiker müssen ihn natürlich beachten. Das heißt, wir müssen darauf achten, dass der Ausgleich zwischen denen, die diese Lasten der Kindererziehung zu tragen haben und denen, und ich zitiere jetzt den Satz aus dem Familienlastenausgleichsgesetz „und denen, die das nicht tun, aber bewusst oder unbewusst“ - so sagt das Gesetz - „daraus Nutzen ziehen, dass andere es für sie tun, dass dieser Lastenausgleich erfolgt“.

Deshalb halte ich grundsätzlich fest: Kinderbetreuung ist nicht, was die Finanzierung betrifft, Privatsache. Der Satz „Wer Kinder hat, soll sich darum schauen, der soll das auch sich leisten können“, der gilt im Sozialstaat nicht mehr. Kinderbetreuung ist öffentliche Angelegenheit und steht auch im öffentlichen Interesse.

Es ist nicht Förderung von Familien, sondern ist die rechte Beteiligung derer, die keine Familie erhalten müssen, und ist deswegen keine Förderung, sondern eine gerechte Abgeltung von Leistung.

Wie soll nun diese Kinderbetreuung erfolgen? Am besten wird es sein, man orientiert sich an zwei Dinge. Das Erste und im Zentrum muss es stehen, ist das Kindeswohl. Was ist die, dem jeweiligen Alter entsprechende Betreuung?

Meine Vorrednerin hat da Einiges wunderbar angeführt und mein Nachredner wird das dann hervorragend wissenschaftlich und, hier sitzt er, universitär gebildet, jetzt habe ich ihm einen Professorentitel zuerkannt, einfach so vom Rednerpult aus, wird das hervorragend machen.

Das ist der eine Punkt: Was verlangt das Wohl des Kindes?

Der zweite Punkt ist: Was wollen die Eltern beziehungsweise in welchen Notwendigkeiten stehen die Eltern?

Zum Ersten. Ich bin also nicht das, was man einen Experten nennt. Ich freue mich, hier vor Ihnen reden zu dürfen, sehr interessant für mich auch einmal im Burgenländischen Landtag zu sein. Aber ich habe doch ein bisschen Erfahrung gewinnen können in meinem Leben.

Ich habe meinen jüngsten Sohn dieser Tage zu seinem ersten Schultag begleitet. Neun Geschwister sind vorausgegangen. Ich konnte so ein bisschen beobachten, wie sich das abspielt in diesen frühen Jahren. Ich teile aus meiner praktischen Erfahrung Ihre Meinung, dass der Eintritt in den Kindergarten jedenfalls ein wichtiger Punkt ist, ein

schwieriger Punkt. Ich kann mich gut erinnern, wir sind nach Hause gekommen in der ersten Zeit zu Mittag und mussten sie wieder schlafen legen, so erschöpft waren sie.

Es ist eine Herausforderung und in einem gewissen Sinn auch eine Belastung für Kinder- mit drei Jahren noch - doch mehrere Stunden außer Haus zu verbringen.

Ich bin auch überzeugt davon, dass Sie recht haben und Ihre Aussagen werden auch von der Wissenschaft gedeckt, das Alter der Kindergartenreife ist kein willkürliches. Kann man nicht sagen - wie in Niederösterreich passiert das gerade - jetzt haben wir wenig Kinder, wir fürchten, Gruppen schließen zu müssen, nachher senkt man das Kindergartenalter auf zweieinhalb Jahre. Das ist sicher keine Lösung.

Das Kindergartenalter ist ein Alter, wo durchschnittlich ausgestattete Kinder in der Lage sind, aus einer Gruppenbetreuung Nutzen zu ziehen, beziehungsweise keinen Schaden zu nehmen. Darunter ist es natürlich schon ein bisschen anders.

Ein zweijähriges Kind, ein anderthalbjähriges Kind gar, ist erstens einmal körperlich noch ganz anders zu betreuen, kann sich sprachlich kaum ausdrücken und ist sehr darauf angewiesen, dass sich ein Erwachsener damit beschäftigt. Das, glaube ich, sollte man außer Zweifel stellen.

Deswegen kann es keine Lösung sein, zu sagen, wie gesagt, wir haben freie Plätze, wir wollen die Gruppen erhalten, wir senken das Kindergartenalter und fahren so fort.

Wenn an Kleinstkinderbetreuung gedacht wird, dann muss jedenfalls sichergestellt werden, dass es dem Kind - jetzt sage ich schon gar nicht, was man eigentlich sagen sollte - etwas nützt, sondern wenigstens nicht schadet. Und da ist es sicher eine wichtige Sache, die Gruppengröße und natürlich auch die Dauer des Aufenthaltes. Ich glaube, dass man das ganz dringend so sehen muss.

Zum Zweiten. Was wollen die Eltern? Allein die ganz deutliche Inanspruchnahme des Kinderbetreuungsgeldes hat gezeigt, dass sehr viele Eltern sehr zufrieden sind, wenn sie die ersten Jahre mit ihren Kindern verbringen können.

Ich meine, dass diese Debatte „Was sollen sie nun tun?“ am besten so zu erledigen ist, dass man sagt: Lassen wir die Betroffenen, lassen wir die Eltern entscheiden.

Man kann aber auch noch eine Studie heranziehen. Alle Studien sind ähnlich, aber es ist dies eine Studie der Akademie der Wissenschaft, Professor Gisser, der gefragt hat - und zwar Väter und Mütter, hat sich kaum unterschieden: Welche Betreuung ihres Vorschulkindes, also bis zu sechs Jahren, würden sie vorziehen, wenn sie es ohne ökonomischen Druck entscheiden könnten?

Nur neun Prozent von Eltern mit Vorschulkindern wollten voll erwerbstätig sein. 42 Prozent wollten Teilzeit arbeiten und 49 Prozent - das ist jetzt natürlich gewissermaßen ein starker Widerspruch gegen den Zeitgeist - wollten ganz zu Hause sein. Nur wo ist die Tragödie, frage ich einmal? Dem sollte man eben auch Rechnung tragen.

Ein ganz kurzes Wort zu diesem bereits angeschnittenen Barcelona-Ziel, das alle europäischen Länder verhalten soll. 33 Prozent aller Kleinstkinder müssen in Gruppen betreut werden können. Das bekümmert mich überhaupt nicht.

Ich weigere mich absolut, mich daran zu orientieren, denn erstens einmal, es widerspricht dem Wunsch der Eltern. Es trifft auch nicht das Wohl der Kinder, weil das wäre eine ungeheuer teure Angelegenheit. Also das Karenzgeld, das Kinderbetreuungsgeld, das man zahlen könnte, wenn man diese Summe ausgeben

möchte, wie man sie ausgeben müsste für kleinstkindergerechte Betreuung. Also das hätte ich gern als Familienpolitiker zur Verfügung. Und vor allem, das ist entlarvend, dieses Barcelona-Ziel schmettert vielleicht in einem Sozialpapier der EU, sondern in einem Wirtschaftspapier.

Es ist nicht vom Kind her gedacht. Ist auch nicht von den Frauen her gedacht. Es ist - bin kein Feind der Wirtschaft, aber in diesem Fall gibt es andere Prioritäten - es ist von der Wirtschaft her gedacht: Wie bringen wir möglichst viel tüchtige, fleißige Frauen, die ordentlich, pünktlich und sonst noch was sind, in den Arbeitsprozess?

Aber junge Frauen, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben, wenn sie Kinder haben, eine wichtigere Aufgabe als ausschließlich dem Wirtschaftsprozess zu dienen. Man soll sie zumindest selbst entscheiden lassen.

Das Wichtigste wird sein, Wahlfreiheit zu gewähren - und zwar tatsächliche Wahlfreiheit zu gewähren. Dann brauchen wir es nicht ausdiskutieren, wo wir Frauen lieber sehen würden.

Ich glaube, wir sollten dieser ideologischen Debatte ausweichen und einfach sagen, wir fördern in der Familie und außer Haus gleicherweise.

Dazu muss man zwei Dinge tun. Das eine ist es, das Kinderbetreuungsgeld ist auszubauen. Diese hervorragende Inanspruchnahme hat eben - ich wiederhole es - gezeigt, dass es den Bedürfnissen der jungen Eltern entsprochen hat.

Ganz besonders wichtig wird es sein oder würde es sein - ich bin da nicht sehr hoffnungsfroh, vor allem wenn ich mir den „Murks“ anschau, gestern ist ja wieder nichts zustande gekommen, ja ein bisschen schon, oder, bin ja auch Politiker, aber das ist schon ein „Murks“, das muss man wirklich sagen -, diese Lücke zwischen der Karenzzeit und dem Kindergarteneintrittsalter zu schließen.

Aber eben nicht nur eingleisig. Dann kann es also nicht nur die Förderung für einen Kinderbetreuungsplatz außerhalb geben, sondern dann muss man einfach das Kinderbetreuungsgeld bis zum dritten Geburtstag des Kindes ausdehnen. Das wäre schon einmal ein ganz entscheidender Schritt und es wäre diese Lücke geschlossen. Natürlich müssen die arbeitsrechtlichen, die Karenzbedingungen dem auch angeschlossen werden.

Da übrigens ein Wort zu dem immer wieder zitierten Schweden. Es ist in Österreich wahrscheinlich noch nicht hinreichend bekannt, aber man sollte es bekannt machen, dass Schweden in seiner Politik eine Kurskorrektur vollzieht zurzeit und ab 1. 1. 2008 ein so genanntes Erziehungsgeld einführt bis zum dritten Lebensjahr des Kindes, weil auch dort eine Debatte stattgefunden hat - genau in dieser Richtung -, die auch zutage gefördert hat, dass sehr viele der Meinung sind, es wäre uns sehr angenehm und sehr recht und es wäre für das Wohl der Kinder eine vernünftige Sache, wenn die Betreuung außer Haus auch bis zum dritten Geburtstag stattfinden könnte.

Also Schweden macht hier eine Kurskorrektur. Wir sollten also nicht jetzt, wo die Ersten das bereits ein bisschen umdrehen, sollte man nicht jetzt noch ganz weit in diese Richtung gehen und den guten Weg, den wir hatten - in der gleichen Weise Förderung - verlassen.

Zum Zweiten. Natürlich muss man Kinderbetreuungseinrichtungen außer Haus ausbauen - und vor allem kindgerecht ausbauen. Und noch einmal, es ist dies eine öffentliche und eine politische Angelegenheit. Der Sozialstaat ist darauf angewiesen, dass Familien ihre Leistungen erbringen. Es ist keine Förderung, wenn man sie dabei

unterstützt. Es ist eine gerechte, sinnvolle Anerkennung ihrer Leistung. Es ist sozusagen eigentlich eine Abgeltung und nicht ein Gewinn für Familien.

Ich habe gehört, dass es 0,4 Prozent ihres Landesbudgets brauchen würde, würde das Land die Elternbeiträge übernehmen. Kostenlose Kindergärten, wie es unsere Fraktion fordert, ist sicher eine billige Forderung und zwar in beiderlei Hinsicht. Billig und gerecht und eigentlich auch nicht eine große ökonomische Belastung. Das wäre sicher eine wichtige Maßnahme.

Noch einmal. Es ist keine Förderung, worüber wir hier reden. Es ist eine gerechte Beteiligung der gesamten Solidargemeinschaft bei den Lasten und den Leistungen, die die Familie zugunsten dieser Solidargemeinschaft erbringt.

Darüber hinaus, alle Leistungen, die die Familien bekommen, alle Ausgleichsmaßnahmen, (*Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) die den Familien zugute gebracht werden, sind keine Belastung, sondern sind jedenfalls eine notwendige Investition in die Zukunft. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident Walter Prior: Frau Abgeordnete, ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Ausführungen und darf nunmehr Herrn Universitätsdozent Dr. Johann Pehofer das Wort erteilen.

Ich bitte um Ihre Ausführungen.

Universitätsdozent Dr. Johann Pehofer: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Vieles ist schon von meinen Vorrednerinnen gesagt worden. Ich denke, man muss, wenn man hier zu Kindern Stellung nimmt, eben diesen Punkt - wie vertrete ich das Kind - stehen.

Es war einer der Begründer der geisteswissenschaftlichen Pädagogik, nämlich Herman Nohl, der gesagt hat: „Der Pädagoge hat alles im Namen des Kindes zu verstehen und nicht im Namen der Kirche, des Staates oder der Gesellschaft.“ Und in dieser Position sehe ich mich heute auch. Ich möchte das Kind hier vertreten, die Bedürfnisse des Kindes.

Ich denke, ich befinde mich hier in guter Gesellschaft. Es gibt nämlich die UNO-Konvention über die Rechte des Kindes, und die drückt bereits alles aus, was für uns wichtig ist.

Das Wohl des Kindes ist in den Mittelpunkt zu stellen. Kinder haben ein Anrecht, für die sie in Betracht kommenden Kindertagesstätten benutzen zu können und letztendlich - und darauf komme ich noch - die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Bildung an. Ich möchte das anhand von vier Determinanten aufhängen, nämlich an der Determinante Kind und an den Einflüssen Kultur, Familie und Gesellschaft.

Gehen wir vom Kind aus. (*Universitätsdozent Dr. Johann Pehofer zeigt eine Powerpoint-Präsentation*). Was sie hier sehen, ist nicht etwa, dass ich schmutzige Finger gehabt habe, sondern das ist der Fingerabdruck eines Menschen, und auf der ganzen Welt gleicht dieser Fingerabdruck sich in keinster Weise. Jeder Mensch hat einen verschiedenen, und umso sehr müssen natürlich bei komplexen Vorgängen, wie Lernen, Entwickeln, die Dinge verschieden sein. Jedes Kind ist ein Individuum.

Trotzdem können wir - und wir tun uns da bei der Humanwissenschaft ein bisschen schwerer als die Naturwissenschaft - gewisse Regeln aufstellen, was Kinder brauchen.

Ich gehe von einem Buch aus, dass der amerikanische Mediziner Brazelton mit den Kinderpsychologen Greenspan geschrieben hat: „Die sieben Grundbedürfnisse des Kindes.“ Soweit sie für unsere Thematik Bedeutung haben, habe ich in Anlehnung daran vier Punkte erstellt.

Zunächst einmal das Bedürfnis nach körperlicher Unversehrtheit und Sicherheit. Kinder haben ein Recht darauf, dass sie unversehrt aufwachsen. Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts hatten wir so genannte Bewahranstalten. Das Wort hat heute einen sehr, sehr negativen Beigeschmack, aber das Bewahren des Kindes vor Dingen, die es noch nicht verarbeiten kann, ist sehr, sehr wichtig. Wir sprechen heute von Betreuung. Dieses Bewahren des Kindes soll eben übergehen in ein Fördern, in ein mögliches, zukünftiges, menscherfülltes Menschenleben.

Das zweite große Bedürfnis, das Kinder haben, ist sicher das Bedürfnis nach beständigen, liebevollen Beziehungen. Auch darauf sind meine Vorrednerinnen schon eingegangen. Ich darf das anhand von drei Beispielen kurz illustrieren, die ja im Prinzip vom Mittelalter bis zur Gegenwart reichen.

Es ist Ihnen vielleicht das Kinderexperiment von Friedrich II. bekannt. Dieser war ein sehr, sehr wissbegieriger Herrscher, und er ließ Kinder einsammeln und von Ammen betreuen.

Diese hatten den Auftrag, dass sie sie nur füttern dürfen; keine Zuwendung, keine Sprache. Denn er war interessiert daran, in welcher Sprache werden diese Kinder sprechen? Werden sie vielleicht auf Griechisch anfangen? Werden sie vielleicht in der Sprache der Kirche anfangen - auf Latein? Trauriges Ende des Experimentes - kein Kind hat zu sprechen begonnen, alle sind nach wenigen Wochen gestorben.

Ganz einfach, weil diese Zuwendung gefehlt hat. Kinder brauchen diese Zuwendung. Kinder brauchen diese Liebe.

René Spitz hat Mitte des vorigen Jahrhunderts sehr bedeutende Untersuchungen gemacht über Kinder, die in Heimen aufwachsen, die ohne elterliche Unterstützung aufwachsen, und er hat den Begriff des Hospitalismus geprägt. Das sind Mängel, größtenteils seelische Mängel, die Kinder aufweisen, wenn sie nicht unter der liebevollen Betreuung von Menschen aufwachsen.

Letztendlich vor ein paar Wochen dieser tragische Fall in der Steiermark, wo drei Jugendliche beschlossen haben, ein Mädchen zu töten. Wenn man der Boulevardpresse trauen darf, dann hatten alle dieser drei Kinder eine ganz, ganz schreckliche Kindheit, die sie nicht verarbeiten konnten. Hinweise, dass wir wirklich Liebe unseren Kindern geben brauchen.

Kinder lernen eben nicht nur durch Beobachtung, sie lernen auch dadurch, dass sie mit Erwachsenen in Beziehung stehen, von diesen Werte übernehmen, von diesen Handlungen übernehmen. Lernen am Vorbild, wie Bandura das ausgedrückt hat.

Drittes Bedürfnis. Das Bedürfnis nach entwicklungsgerechten Erfahrungen. Ein wirklich ganz wichtiger Satz: Das Lernen beginnt nämlich nicht in der Schule. Dieser bekannte Satz - Mit der Schule beginnt der Ernst des Lebens - stimmt nicht. Wir wissen heute aus der Gehirnforschung derartig viel, wie sich Kinder entwickeln. Kinder lernen wirklich bereits vom Mutterleib an. Diese Gehirnstrukturen: Dazu haben die beiden Gehirnforscher Manfred Spitzer und Gerald Hüther sehr viel beigetragen. Unser Gehirn entwickelt sich. Es lernt und es entwickelt sich dabei gleichzeitig. Es empfängt ständig Impulse aus der Umwelt von anderen Menschen. An diesen Schnittstellen dieser Nerven

entwickeln sich so genannte Synapsen. Je stärker diese Synapsen ausgebildet sind, desto besser entwickelt sich das Gehirn selbst, also die Tätigkeit und die Lernfähigkeit des Gehirns.

Das heißt, wir sind es unseren Kindern schuldig, dass sie durch Anregungen, durch Spiel, wie heute bereits mehrmals gesagt wurde, die Voraussetzungen mitbekommen, sich als Erwachsene im Leben zu bewähren. Das Lernen ist in diesem Alter nicht etwas, was Fakten umfasst, sondern es müssen sich die Strukturen selbst herausbilden.

Es ist nämlich irgendwie eine menschliche Eigenschaft, das Kind sozusagen mit dem Bade auszuschütten. Momentan gibt es für Babies DVDs, die sich „Baby Einstein“ und so weiter nennen. Eine US-Studie hat festgestellt, dass auch dies eine Überforderung des Kindes ist. Man kann Kinder nicht zu etwas zwingen, denn Druck auszuüben ist immer schädlich.

Die nächste Erkenntnis stammt von Andreas Frey. An der Universität Koblenz-Landau, hat er vor vier Jahren eine Untersuchung gemacht, ob sich die Kinder der Jetztzeit gegenüber den Kindern von 1979 unterscheiden. Es gibt hier einen großen Unterschied, denn unsere Kinder werden immer klüger. Er hat 3.500 Kinder im süddeutschen Raum untersucht und festgestellt, dass die Kinder von heute wesentlich weiter, als noch vor 25 Jahren waren.

Das darf man allerdings nicht fehlinterpretieren, denn das ist auch seine Aussage dazu. Man soll das Schulalter deswegen nicht früher ansetzen. Spielen ist derartig wichtig, denn Kinder brauchen Anregung durch das Spiel. Das Kind lernt im Spiel, denn das Lernen des Kindes heißt eben Spiel. Dazu brauchen wir wirklich gute und fähige KindergärtnerInnen, HortpädagogInnen und auch KrippenbetreuerInnen.

Weiters hat er festgestellt, dass bereits mit drei Jahren die Schere zwischen Reich und Arm in der Begabung auseinanderklafft. Kinder brauchen unbedingt eine Förderung. Ohne diese Förderung klafft die Bildungsschere wirklich sehr weit auseinander. Wir wissen aus dem Bereich der PISA-Studie, dass Frühförderung ein sehr wichtiges Anliegen ist. Kinder müssen früh gefördert werden. Das hat auch die Expertengruppe um DDr. Haider festgestellt.

Das soll aber nicht so weit gehen, wie zum Beispiel momentan die Diskussion in Deutschland geführt wird, wo man Lehrpläne für Kindergärten fordert.

Ich denke, da sind wir wirklich auf dem falschen Weg. Ich würde meinen, dass Förderung unbedingt notwendig ist, aber auch dass alles, was vom Kind an Fragen und an Interessen kommt, beantwortet werden muss. Aber Forderungen an ein Kind zu stellen, insbesondere im Alter von zwei bis sechs Jahren, ist sicher fehl am Platz.

Kinder haben ein Recht auf ihr Kindsein, denn gerade in diesem Kindsein lernen sie. Kinder sind immer Teil einer bestimmten Sozietät. Ich denke, dass wir gerade bei uns im Burgenland gegenüber Großstädten sehr unterschiedliche Verhältnisse haben. Mein langjähriger Kollege und Freund, Helmut Stefan Milletich hat unser Land als das Land der Dörfer bezeichnet. Diese kulturelle Identität der einzelnen Dörfer, der einzelnen Volksgruppen, der einzelnen Sprachen ist enorm wichtig.

Es gibt Untersuchungen von der Universität Klagenfurt, dass Kinder, die ihre Muttersprache nicht sprechen dürfen, depressiv werden und seelische Schäden davontragen können. Gerade hier müssen wir, mehr oder weniger, in einem multikulturellen Land darauf Rücksicht nehmen.

Ein weiterer Punkt, der sich sehr verändert hat, ist, wie ich dem Österreichischen statistischen Jahrbuch entnehmen konnte, ist eben die Entwicklung der Familie. Es gibt immer mehr Alleinerzieher. Diese Alleinerzieher brauchen allerdings eine Unterstützung. Man kann sie nicht allein lassen. Diese Studie geht davon aus, beziehungsweise das Österreichische statistische Jahrbuch geht davon aus, dass wir 2030 bereits 32 Prozent Alleinerzieher haben.

Ich glaube, dass sich hier wirklich die Wichtigkeit von Kinderbetreuungsstätten, von Horten und so weiter, zeigt.

Ich darf mit der Blickrichtung auf unsere Gesellschaft meine Ausführungen abschließen. Wir stehen wirklich vor gewaltigen Herausforderungen. Nicht nur wir, sondern insbesondere unsere Kinder. Denken Sie nur an die technische Entwicklung, an die drohende Knappheit von Rohstoffen.

Ich meine, dass wir es unseren Kindern schuldig sind, dass wir ihnen all das das Wichtige mitgeben, damit sie mit diesen Dingen fertig werden. Ich glaube, hier haben wir alle, nicht nur Sie, als Politiker, sondern auch wir, als Pädagogen, eine große Verantwortung.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Herr Universitätsdozent! Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen.

Bevor ich nun der Frau Nationalratsabgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek das Wort erteile, möchte ich Sie, wenn Sie von einer Wortmeldung Gebrauch machen wollen, nun ersuchen, die Anmeldezettel auszufüllen und unserem Personal zurückzugeben, damit wir sie hier entgegennehmen können. Danke.

Frau Abgeordnete! Ich darf nun um Ihre Ausführungen bitten.

Nationalratsabgeordnete Gabriele Heinisch-Hosek: Herzlichen Dank! Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hoher Landtag! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Das war jetzt ein Plädoyer für die Kinder. Das hat mir sehr gut gefallen, denn heute ist der Weltkindertag. 1959 wurde von der UNO die Erklärung der Kinderrechte und 1989 die Konvention zu den Kinderrechten verlautbart, in Österreich zwar schon 1982 ratifiziert, aber leider nicht den Verfassungsrang, wie das viele andere Länder schon getan haben, erhoben. Die vorige Bundesregierung hat das schon angedacht.

Wir hoffen, dass wir das vielleicht jetzt, in dieser Legislaturperiode zustande bringen.

Diesem Thema werde ich mich aber von verschiedenen Seiten annähern, wie das zum Teil auch schon meine Vorrednerinnen und Vorredner gemacht haben. Ich sehe mich auf der einen Seite als Anwältin der Kinder. Dies nicht nur deshalb, weil ich von meinem Beruf her Sonderpädagogin bin, sondern weil ich auch die Möglichkeit hatte, und das war in Wahrheit ein Geschenk, drei Jahre ein schwerstbehindertes Kind bis zu dessen Tod betreuen zu dürfen. Das heißt, ich weiß auch in etwa wie die Situation von Familien ist, die mit schwerstbehinderten Kindern, die rund um die Uhr Pflege brauchen, leben.

Kinder sollten wir, bei all unseren politischen Überlegungen, und das ist heute auch schon vielfach angeklungen, ohnehin sowieso immer in das Licht der Öffentlichkeit rücken. Nur müssen wir alle bedenken, dass das Lebensumfeld von Kindern nicht immer

den Idealfall darstellt und dass es doch eine Tatsache ist, dass die Familiensituation im Jahr 2007 eine andere ist, als vielleicht vor 100 Jahren.

Wir haben heute Familienformen, die wir anerkennen müssen. Es wird notwendig sein, dafür Rahmenbedingungen zu schaffen, damit wir diesen Familienformen auch gerecht werden können. Diese Rahmenbedingungen sollen es den Kindern ermöglichen, dass sie auch wirklich ein lebenswertes Leben leben können.

Heute Früh habe ich in der Zeitung gelesen, dass es wieder eine Verurteilung für ein Delikt gegeben hat, dass sich Schütteltrauma nennt. Dabei wurde ein Vater, der sein Kind zu Tode geschüttelt hat, verurteilt. Auch das Kind, das ich betreut habe, war so ein schütteltraumatisiertes Kind. Es war ein Heimkind.

Das heißt, nicht jedes Kind wächst in einer Familie auf, in dem nur Liebe und nur Geborgenheit da sind, obwohl das natürlich alle wollen. Es gibt aber auch in unserem neuen Jahrtausend immer noch Menschen, die der Meinung sind, dass man Kinder nur durch Züchtigung auf den rechten Weg bringen kann und eben nur streng an der Hand halten müsse, damit dieser Lebensweg auch ein guter wird.

Ich sage Ihnen aus meiner langjährigen Erfahrung mit schwerbehinderten und schwerhörigen Kindern auch, denn wir hatten auch schwerbehinderte Kinder in der Schule, dass Bildungseinrichtungen manchmal sogar wichtiger sind, als eine Familie, in der Gewalt stattfindet. Das ist eine Tatsache, die wir nicht verleugnen können. Das kann oder soll auch, wenn es erforderlich ist, auch schon bei ganz kleinen Kindern stattfinden.

Ich glaube nicht, dass die schlechteste Familie besser als das beste Heim ist. Dieser Ansicht bin ich nicht. Trotzdem müssen wir als Politikerinnen und Politiker dafür Sorge tragen, dass wir den Familien diese Rahmenbedingungen, die sie brauchen, damit sie Familie leben können, auch bieten.

Die Presse hat dazu schon im Februar, das heißt, kurz nach der Regierungsbildung, mit „Was braucht das Kind?“, also ähnlich wie der Titel der heutigen Enquete „Wie viel Betreuung braucht ein Kind?“, einen Artikel gebracht. Festgestellt wurde, und die Presse ist nicht unbedingt ein linkes Propagandablatt, dass der Mangel an Plätzen in Krippen und Kindergärten in Österreich dramatisch ist, im Bezug auf Bindung auch außerfamiliäre Betreuung, die Bindung an primäre Beziehungspersonen und Bezugspersonen nicht stört und dass die gesamte europäische Familienpolitik gerade hier einen grundlegenden Wandel vollzieht.

Das heißt, das, was bei der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 erarbeitet wurde, nämlich, dass Österreich 2010 der wettbewerbfähigste und dynamischste Wirtschaftsbereich der Welt werden soll, ist dann um das Barcelona-Ziel ergänzt worden. Das besagt allerdings nicht nur, dass Betreuungsplätze für jedes dritte unter dreijährigem Kind geschaffen werden sollen, sondern es geht auch um eine 90-prozentige Betreuungsquote der über dreijährigen Kindern. Es geht aber auch beispielsweise auch darum, die Erwerbsquote von Frauen auf ein Niveau anzuheben, das auch unserem europäischen Standard entspricht.

Damit wir aber das alles bewältigen können, müssen wir uns auch die Herausforderungen der Zeit, die an uns gestellt sind, genauer anschauen. Es ist eine Tatsache, dass wir heute, damit wir an unseren Arbeitsplatz kommen, damit wir unsere Kinder betreuen lassen können, damit wir einkaufen gehen können, sehr mobil sein müssen.

Das heißt, die Mobilität und die Möglichkeit, mobil zu sein, ist eine der großen Herausforderungen. Die zweite Herausforderung betrifft die Arbeitszeitmodelle, die sehr flexibel geworden sind. Es ist für junge Familien, insbesondere für Frauen, nämlich nicht immer einfach, diese Arbeitszeitmodelle auch so gestalten zu können, dass alles möglich ist. Nämlich, genug Zeit für das Kind zu haben, aber beispielsweise auch einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen zu können.

Die Art der Arbeitsverhältnisse hat sich allerdings sowieso geändert. Wenn ich mir anschau, dass von den fast 1,8 Millionen Frauen, die in Österreich erwerbstätig sind, 40 Prozent, das heißt, jede vierte Frau, teilzeitbeschäftigt ist, dann müssten wir wirklich hinterfragen, warum das so ist.

Das hängt auf der einen Seite damit zusammen, dass es natürlich nach einer Babypause so ist, dass vielfach der Wunsch der Frauen besteht, eine Teilzeitbeschäftigung eine Zeit lang auch anzustreben. Das ist keine Frage! Es ist aber auch eine Tatsache, dass man als Frau aus dieser sehr schlecht wieder heraus kommt und dass die Verweildauer in der Teilzeit eine viel längere ist, als die Frauen sich das wünschen, weil sie natürlich sehr gerne wieder Vollzeit arbeiten gehen würden. Das ist auch schon bei den Familienformen angeklungen, denn wenn wir 2030 32 Prozent Alleinerzieherinnen oder auch Alleinerzieher haben, dann wissen wir, welche Herausforderungen auch an uns gestellt werden.

Dabei müssen wir darauf achten, dass wir auch die dementsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Wenn gesagt wurde, dass Lernen bereits im Bauch der Mutter eine Grundtatsache ist, dann ist es natürlich klar, dass es für mich nicht schlimm ist, wenn gute Betreuungseinrichtungen, die für mich immer auch Bildungseinrichtungen sind, in einer angemessenen Größe für Kinder zur Verfügung stehen, wenn dies gewünscht wird.

Die Politik darf sowieso niemandem vorschreiben, wie er oder sie zu leben hat. Das ist klar. Wir brauchen und wir müssen deshalb Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen, wo die Menschen jene Modelle wählen können, die sie am besten finden.

Ich denke und hoffe, dass das immer auch im Sinne der Kinder passiert. Manchmal, ich habe es zu Beginn schon gesagt, können diese Einrichtungen sehr wohl auch ein Ersatz dafür sein, wenn es nicht so gut klappt.

Wie ist die Lage in Österreich, meine sehr geehrten Damen und Herren? Es ist bereits angeklungen und natürlich allseits bekannt, dass es verfassungsrechtlich so ist, dass wir neun verschiedene Landesgesetze haben, die die Angelegenheiten der Kinderbetreuung in unserem Land regeln. Darüber hinaus auch das Tagesmutterwesen und andere Betreuungsformen von Kleinkindern, die im Jugendwohlfahrtsrecht geregelt sind.

In Europa, ich weiß nicht, ob Sie das schon einmal gelesen haben, gibt es über 150 verschiedene Betreuungsmodelle für Kinderbetreuung. Das heißt, wir reden zwar heute speziell über das Burgenland, aber auch in unseren anderen Bundesländern gibt es beispielsweise angefangen von den Kinderrippen, über die Kindergärten, bis hin zu den Horten und den Tagesheimstätten, diverse Modelle.

Ich glaube, dass es notwendig ist, dass wir auch darüber reden, welches für jedes Bundesland das Beste ist. Ich kann nicht einen einheitlichen Bundesrahmen fordern, so lange die Gegebenheiten in den Bundesländern nicht gleich sind. Im Burgenland, als, wie bereits gesagt worden ist, „Land der Dörfer“, sind größtenteils die Gemeinden die Erhalter. In Niederösterreich haben wir dagegen zum Beispiel fast nur Landeskinderärten.

Ich kann nur dann von einem Bundesrahmen sprechen, und das sage ich auch in aller Klarheit, wenn der Bund diese Mittel zur Verfügung stellt. Wenn wir sagen, dass uns das jetzt das Allerwichtigste ist und wir buttern jetzt so viel Geld hinein, wie zum Beispiel in Frankreich, wo man vor einigen Jahren sehr viel Budgetmittel in Kinderbildung und Kinderbetreuung investiert hat, dann kann man davon sprechen, dann kann man einheitliche Standards vorgeben und dann haben die Länder auch zusätzliches Geld zur Verfügung.

So lange die Länder und in letzter Hinsicht auch die Gemeinden aber den Hauptteil der Last zu tragen haben, sollten wir uns hier zurückhalten. Ich bin auch Gemeinderätin in Guntramsdorf. Deshalb weiß ich, dass das an uns als Erhalter schlussendlich dann auch hängen bleibt, wenn das nicht mehr leistbar ist. Das ist, denke ich mir, das Thema.

So lange von Bundesseite nicht wirklich eine maximale Kraftanstrengung erfolgt und dieses Thema Priorität Nummer eins hat, so lange sollten wir von Bundesseite her, denke ich, den Ländern auch nicht allzu viel dreinreden.

Es ist so, dass sehr viele Untersuchungen und sehr viele Studien, die Kollegin Rosenkranz hat einige davon genannt, im Umlauf sind, welche Auswirkungen es auf das Kind hat, wenn Mütter oder Väter schneller oder nicht so schnell wieder in das Berufsleben einsteigen. 2002 wurde das Kinderbetreuungsgeld als Ersatzleistung für das Karenzgeld ins Leben gerufen. Nach einer Evaluierung im Auftrag der damaligen Sozialministerin hat sich ganz klar herausgestellt, dass dadurch der Wiedereinstieg für die Hälfte aller Frauen viel schwieriger geworden ist. Deshalb müssen wir uns heute die Frage stellen, wie wir das verbessern können?

Jetzt komme ich noch kurz zur Chronologie, warum es so ist, wie es heute ist. Ich hätte ohnehin gerne ein einkommensabhängiges Karenzgeld, sehr geehrter Herr Kollege, aber wir haben das Kinderbetreuungsgeld und das ist nun einmal eine Familienleistung. Ich bekenne mich dazu, wobei ein Verbesserungsbedarf gegeben war, dem man nunmehr Rechnung getragen hat.

Ich darf Ihnen dazu nur in Erinnerung rufen, dass der große Durchbruch vor einigen Monaten am Kinderbetreuungsgipfel passiert ist, wo das, was im Regierungsübereinkommen zur Familienpolitik steht, nämlich, sich um längere Öffnungszeiten, bedarfsgerechte Kinderbetreuungseinrichtungen oder eine Ausweitung der Ferienregelungen zu kümmern, auch erfolgt ist.

Es erhebt sich die Frage, in welche Richtung wir das Kindergeld verändern, damit mehr Personen, vielleicht auch ein paar Väter, in den Genuss kommen können, dieses Kinderbetreuungsgeld in Anspruch zu nehmen?

Wie kann man die Situation derer verbessern, die sich mit Rückzahlungsforderungen konfrontiert sehen, wie sie doch nach wie vor bestehen. Diese wurden von der damaligen Sozialministerin nicht rückgefordert, obwohl sie zurückbezahlt hätten werden sollen. Dadurch ist natürlich eine Ungleichbehandlung gegenüber denen zustande gekommen, die es zurückgezahlt haben.

Aber, nicht nur verschiedene Studien haben gezeigt, dass Handlungsbedarf gegeben ist, auch die Bundesregierung hat das erkannt. Deshalb bin ich sehr stolz, dass diese neue Bundesregierung es geschafft hat, das Kindergeld zu flexibilisieren. Das heißt, dass es ab 1.1.2008, mit all den Problemen, die noch auf dem Tisch liegen, gut und wichtig ist, dass zwischen zwei Modellen gewählt werden kann.

Einerseits kann jetzt jemand, so, wie es bisher war, denn Politik soll doch niemanden dreinreden, 30 plus 6 Monate lang 436 Euro im Monat beziehen oder, wer einen kürzere Zeitspanne, dafür aber einen höheren Betrag pro Monat in Anspruch nehmen will, kann ab 1.1.2008 mit 800 Euro pro Monat für 15 plus 3 Monate rechnen.

Auch die Zuverdienstgrenze ist von 14.300 auf 16.200 Euro erhöht worden. Hier stellt sich oft die Frage, ob man sie nicht ganz streichen sollte? Ich bin hier etwas vorsichtig, denn, ist denke mir, wenn ich die Zuverdienstgrenze ganz streiche, dann würden auf einmal wahrscheinlich viel mehr Männer das Kindergeld beziehen, trotzdem arbeiten gehen und die Betreuung würde dann sowieso wieder bei den Frauen bleiben. Aber das ist jetzt natürlich meine ganz persönliche, subjektive Meinung.

Weil heute auch schon davon gesprochen wurde, dass man nicht alles wirtschaftlich sehen dürfe, darf ich dazu folgendes festhalten: Es gibt das Wifo-Weißbuch von 2006. Sie werden vielleicht schon daraus gelesen haben. Das Wifo-Weißbuch sagt nämlich einfach aus, dass die Nutzung des Potentials der Frauen, das Beschäftigungsangebot auf der einen Seite erhöht, und auf der anderen Seite die Effizienz der Wirtschaft und die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt steigert.

Das heißt, jene Gesellschaften, egal wo auch immer auf dieser Welt, die ihre Frauen und ihre Familien gut behandeln, sind glücklichere, aber gleichzeitig auch erfolgreichere Gesellschaften. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Ich komme nun zum Schlusssatz, der ähnlich lautet, wie mein Satz, den ich soeben gesagt habe: Ich bin der Meinung, dass Investitionen in die Kinderbetreuung immer Investitionen in die Gesellschaft sind, mehr Frauen in Beschäftigung bringen, die Geburtenrate erhöhen, aber auch die Wirtschaft ankurbeln. Dankeschön! *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Frau Abgeordnete! Ich bedanke mich für Ihre Ausführungen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass wir jetzt aufgrund dieser Fachreferate eine gute Grundlage haben, um in die Diskussion einzusteigen.

Mir liegen bisher 16 Wortmeldungen vor. Ich würde ersuchen, aufgrund dessen, dass wir uns einen Zeitrahmen gesetzt haben, dass nicht jeder Redner oder jede Rednerin diese fünf Minuten Zeitvorgabe voll ausnützt, sondern vordergründig die wichtigsten Punkte anschneidet.

Ich darf als erstem Redner Herrn Abgeordneten Leo Radakovits das Wort erteilen.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Leo Radakovits (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Werte Damen und Herren! Wir haben in letzter Zeit bereits einige Diskussionen zu diesem Thema abgeführt. Gerade die heutige Diskussion hat aber eindeutig bewiesen, wie wichtig es war, diese Enquete abzuhalten.

Die breite und sehr fundierte Ausgangslage, die uns Abgeordneten heute präsentiert wurde, ist sicherlich notwendig, um für diese Materie auch punktgenau die Diskussionen führen und letztendlich diese dann in Gesetze und Veränderungen einfließen lassen zu können.

Es ist bereits einige Male angesprochen worden, dass die Gemeinden punkto institutioneller Kinderbetreuungseinrichtungen der wichtigste und auch der größte Anbieter sind. Ich denke, dass mit den Förderungen des Landes, wie es im Burgenland eben üblich ist, auch die Partnerschaft zwischen dem Land und den Gemeinden sehr gut funktioniert.

An dieser Stelle muss man der zuständigen Landesrätin Maga. Michaela Resetar danken, dass hier ein ständiger Kontakt mit den Gemeinden herrscht. Mit Unterstützung ihres Verwaltungsapparates und vor allem auch durch die Hilfeleistungen für die Gemeinden ist hier etwas geschehen, was vielleicht vor einigen Jahren noch nicht so ausgeprägt war.

Es ist damit, selbst in den Kleinstgemeinden, eine derartige Dynamik entstanden, dass diese Position in allen Gemeinden, trotz vermehrter Förderungen des Landes, ein viel größeres Ausgabenelement geworden ist. Das heißt, dass die Gemeinden erkannt haben, dass hier ein Bedarf gegeben ist, diesem Rechnung getragen haben, sich dem angepasst haben; und vielerorts auch initiativ als Vorreiter unterwegs sind.

Ich glaube, dass es deshalb wichtig ist, wie es bereits angesprochen wurde, dass diese Einrichtungen auch Ländersache bleiben. Vor allem in einem „Land der Dörfer“ ist man darauf angewiesen, dass man hier Flexibilität praktiziert. Wir haben auch innerhalb des Landes durch Pendlerwesen und so weiter noch größere Strukturunterschiede.

Hier ist das institutionalisierte Kindergartenwesen bei den Gemeinden sehr gut aufgehoben. Wichtig wird sein, dass den Gemeinden in Zukunft auch mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeinden haben in Partnerschaft mit den Eltern bereits genug Konzepte in der Hand, wie sie noch mehr Angebote schaffen können, die nicht nur flexibel sind, sondern auch den Wünschen der Eltern in der betreffenden Gemeinde entgegenkommen.

Das würden sie gerne erfüllen und das wollen sie auch gerne erfüllen, aber Geld und Mittel müssten auch dementsprechend fließen. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich der Frau Abgeordneten Andrea Gottweis als Vertreterin des Familienbundes das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Andrea Gottweis (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Es freut mich, als Obfrau des Familienbundes, dass sich alle Experten einig sind, dass bei dieser Diskussion immer das Wohl des Kindes im Mittelpunkt stehen muss. Ich denke, dass Kinder ein Recht haben müssen, ein Kind zu sein.

Deshalb, glaube ich, ist es als Gesetzgeber im landesgesetzlichen Bereich, was Kindergarten, Kinderkrippen, Tagesheimstätten und Horte betrifft, unsere Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass wir diese Institution so regeln und so ausstatten, dass die betroffenen Einrichtungen ihre Aufgaben gut erfüllen können und dass sich die Kinder dann gut entwickeln können, so wie es ihrem Alter und ihren Bedürfnissen entspricht.

Deshalb ist es, glaube ich, sehr wichtig, dass auch immer wieder evaluiert wird, inwieweit es notwendig ist, die Qualität der Betreuungsformen auch an die aktuellen Bedürfnisse anzupassen.

Frau Goldmann hat vehement bestätigt, dass sich die Kinder verändern, dass es eine permanente Entwicklung gibt, dass der Betreuungsaufwand in den Kinderkrippen, aber auch in den Kindergärten höher wird, und dass diese Kinder vermehrt Bedürfnisse nach Betreuung haben. Deshalb denke ich, dass es sehr wichtig ist, dass wir in der nächsten Novelle eine verpflichtende Kindergartenhelferin oder eine zusätzliche Kindergartenpädagogin in der Gruppe vorsehen, um diesem Bedürfnis auch Rechnung zu tragen.

Es ist weiters notwendig, sich damit auseinanderzusetzen, dass auch in größeren Kindergärten Kindergartenpädagogin verpflichtend beschäftigt werden. Ich erlebe es

immer wieder, dass in größeren Kindergärten gesagt wird, dass eine Anwesenheit von ein oder zwei Stunden zu wenig ist. Hier ist ein Bedarf gegeben, auf den man ganz einfach reagieren muss.

Als oberstes Ziel ist es dem Familienbund auch wichtig, dass die Wahlmöglichkeit der Eltern gegeben ist. Ich möchte auch eine Studie zitieren: 76 Prozent der Eltern wollen ihr Kind bis zum dritten Lebensjahr selbst betreuen.

Der grundsätzliche Wunsch nach Betreuung im familiären Bereich ist also gegeben, wie wohl wir auch mit der Tatsache konfrontiert sind, dass das nicht immer möglich ist, seien es finanzielle Gründe, seien es auch Notwendigkeiten, dass Frauen arbeiten gehen müssen. Deshalb, denke ich, ist es wichtig, dass wir hier die Rahmenbedingungen auf diese Bedürfnisse abstimmen und dass diese Vereinbarkeit von Familie und Beruf kein Schlagwort bleibt, sondern dass sie auch gelebt wird.

Es gibt hier viele Möglichkeiten. Anhand des jährlichen Landeswettbewerbes „Frauen- und familienfreundlicher Betrieb“ sieht man, dass das Bewusstsein in den Betrieben wächst und man bereit ist, auch familienfreundliche Arbeitszeiten mit Rücksichtnahme auf öffentliche Verkehrsmittel oder auf Beginnzeiten von Schulen oder Kindergarten zu schaffen. Hier ist allerdings noch viel an Bewusstseinsarbeit möglich.

Ich denke auch, dass die Grundbedürfnisse der Väter gegeben sind, dass sie Kinder selbst betreuen wollen. dass oft aber an der konkreten Möglichkeit dann scheitert, meist auch finanziell und wo dann doch viele Firmen auch noch relativ Restriktivmaßnahmen setzen, wenn sich ein Vater entscheidet.

Also hier denke ich, sind wir alle gefordert, auch wieder Bewusstsein zu bilden, damit es eben eine Chance ist für eine Familie, für ein Kind, wenn ein Vater zu Hause bleibt im Karenz, und damit das nicht von einem Betrieb und einem Unternehmen dann negativ geahndet wird.

Ich denke aber, dass es auch im Burgenland - und wir haben gehört, kleine Gemeinden - an alternativen Betreuungsformen fehlt. Ich würde mir sehr wünschen, dass diese 15a Vereinbarung also auch ermöglicht, damit wir alternative Betreuungsformen hier fördern könnten, Tagesmütter oder Familiengruppen, oder Oma-Opa-Dienst, also wo man wirklich sehr flexibel auf die Bedürfnisse eingehen könnte.

Frau Landesrätin, ich würde mir bei der nächsten Novelle wünschen, dass es zu einer Erweiterung der Öffnungszeiten kommt und ich möchte Sie bitten, vielleicht das auch im Detail noch einmal zu erklären. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Am Wort ist nun Herr Abgeordneter Wilhelm Heissenberger.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wilhelm Heissenberger (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Bürgermeister weiß man am besten, wie wichtig die Kinderbetreuungseinrichtungen in der Gemeinde sind. Und ich möchte hier stellvertretend für jene Bürgermeister sprechen, die Gemeinden mit mehreren Ortsteilen betreuen.

Vor allem im Mittel- und Südburgenland gibt es viele solcher Gemeinden und die sind dann auch verpflichtet einen Kindergartenbus einzusetzen und das ist sicherlich auch eine große finanzielle Belastung. Ich kann mir vorstellen, dass es auch so wie in anderen Bundesländern sein könnte, dass seitens des Bundes oder des Landes, oder Bund und Land, auch im Burgenland die Kindergartenbusse mitfinanziert werden und damit auch die Gemeinden entlastet werden. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Die nächste Wortmeldung erfolgt durch Frau Abgeordnete Anna Schlaffer.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Anna Schlaffer (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Es ist heute sehr oft der Begriff „Kindeswohl“ gefallen. Aber nachdem es keine eindeutige wissenschaftliche Definition gibt, musste ich heute auch wieder feststellen, dass man „Kindeswohl“ als sehr dehnbaren Begriff auffassen kann.

Ich möchte vorweg die Information geben, dass hier in diesem Haus, in der Abteilung 6, im Jahr 1999 Leitlinien zum Kindeswohl, damals von Fachleuten verfasst wurden, die heute österreichweit Geltung haben und in vielen Dingen ihren Niederschlag finden und sozusagen jedem hier empfehlen, sich diese Leitlinien zu besorgen.

Denn eines ist ganz eindeutig, das ABGB spricht von Faktoren und legt eindeutig fest, dass die gesamte Lebenssituation in der sich das Kind befindet, zu berücksichtigen ist, und die Lebensverhältnisse der Eltern entsprechend zu berücksichtigen sind, wenn es um die Wahrung des Kindeswohl geht. Vom Gesetz her verpflichtet zur Wahrung sind nur die Eltern, die Gerichte und die Jugendwohlfahrtsbehörden. Das nur zur Information.

Kollege Radakovits und auch Kollege Heissenberger haben bereits die Gemeinden erwähnt. Es gibt eine interessante Statistik, die sich mit dem ersten Halbjahr 2007 befasst und hier sieht man ganz klar, dass 61 Prozent der Ausgaben für Kindergärten, für Kindergartenbetreuung von den Gemeinden getragen werden, 28 Prozent vom Land und 11 Prozent von den Eltern.

In meiner Gemeinde ist der Anteil der hier den Gemeinden zugeordnet ist, weitaus höher einzuordnen, möchte ich nur sagen, und der Anteil der Eltern geringer.

Was mich dabei verwundert ist, wenn hier heute eine Enquete abgehalten wird, dass im Vorfeld bereits über Medien Forderungen von der Frau Landesrätin präsentiert werden, ihre Vorstellungen. Man hört es hier auch heute und man hat es auch von ihr bereits gehört. Da frage ich mich, warum ein Teil ausgeschlossen wurde.

In der Fokusgruppe, die Sie erwähnt haben, waren KindergartenpädagogInnen vertreten, die Arbeit, die Wirtschaft, die Kirche, aber ich finde weder die Eltern, noch jene, die im Burgenland die Träger der Einrichtungen sind, noch jene die den Großteil der finanziellen Mitteln aufbringen, nämlich die Gemeinden. Die schließen Sie aus!

Sie haben einen Brief an die KindergartenpädagogInnen verfasst, wo Sie Bedienstete der Gemeinden auffordern, ihre Vorstellungen Ihnen zu präsentieren. Das heißt, Sie fordern Bedienstete der Gemeinden auf, hinter dem Rücken ihrer Dienstgeber, Ihnen Vorstellungen zu präsentieren, die die Gemeinden finanzieren sollen.

Daher meine Frage - die richtet sich an Landesrätin Dunst - der Herr Präsident hat es heute einleitend schon gesagt: Frau Landesrätin, Sie haben im Juni gesagt, dass Sie zu einem „Runden Tisch“ einladen. Mich würde interessieren, wie sind Ihre Vorstellungen von einem „Runden Tisch“? Welche Anliegen sollen von Ihrer Seite dort vertreten werden und vor allem, wen werden Sie dazu einladen? (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident Walter Prior: Als Nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Erich Trummer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Erich Trummer (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist mir auch als zweifacher Familienvater persönlich ein großes Anliegen, mich zum Thema Kinderbetreuung zu Wort zu melden.

Drei Gesichtspunkte möchte ich, vor allem der Frau Landesrätin Resetar, aus persönlicher Erfahrung, aber auch aus persönlicher Überzeugung ins Stammbuch schreiben.

Nämlich Erstens, Kinderbetreuung ist nicht weiblich! Heute Gott sei Dank nicht mehr. Dieses konservative Sittenbild gehört für die meisten Menschen, zum Glück, der Vergangenheit an. Ich frage mich deshalb, warum Sie, sehr geehrte Frau Landesrätin, beispielsweise bei Ihren Erhebungen zur Kinderbetreuungssituation fast keine Männer einbinden? (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Entschuldige, wir sind die einzigen, die einen Mann als Experten haben.*)

Zweitens, ich frage mich auch als Bürgermeister, warum Sie mit den Gemeinden, den Hauptverantwortlichen Kinderbetreuungsplatzhalter keine Gespräche führen?

Und ich frage mich auch Drittens, warum Sie den Bedarf vieler berufstätiger Eltern, sowie den Bedarf der Wirtschaft ignorieren und nicht notwendige neue Betreuungsformen in Betrieben ermöglichen?

Frau Landesrätin Resetar, ich bin aber gerne bereit, Sie von den Wünschen der Eltern, die ich zum Beispiel gestern wieder beim Kindergartenelternabend entgegen genommen habe, oder auch von den Bedürfnissen vieler Betriebe, die sich mir gegenüber äußern, zu informieren.

Denn ich bin überzeugt, gerade diese veränderte Berufswelt für Männer wie für Frauen erfordert auch eine Weiterentwicklung der Kinderbetreuungsformen und geeignete Rahmenbedingungen für betriebliche Betreuungsformen.

Sehr, sehr viele Eltern benötigen heute durch die enorme Flexibilisierung ihrer Arbeitszeit und durch Arbeitszeiten, bei denen wohnorteigene Gemeindekindergärten die Betreuungszeiten nicht mehr wirtschaftlich abdecken können, neue bedarfsorientierte, betriebliche Betreuungsformen, die sich auch nach unüblichen Dienstzeiten im Betrieb gestalten und richten.

Als Projektpartner des EQUAL-Projektes Plan B von Frau Landesrätin Verena Dunst, bei dem es auch um neue Betreuungslösungen gegangen ist, sind mir bereits solche bedarfsorientierte Modelle bekannt.

Frau Landesrätin Dunst, können Sie uns von Ihren Erfahrungen aus diesem Projekt berichten und können Sie sich vorstellen, dass betriebliche Betreuungsformen eine Weiterentwicklung der derzeitigen Betreuungsmöglichkeiten darstellen? Und können Sie uns sagen, was dazu an Rahmenbedingungen verändert werden müsste, und ob es bereits in anderen Bundesländern solche betriebliche Betreuungsformen gibt? (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident Walter Prior: Frau Landesrätin Dunst, ich darf Ihnen nun das Wort erteilen.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Verena Dunst (SPÖ): Herr Präsident, Regierungskollegen, Herr Landeshauptmann an der Spitze! Werte Vortragende, meine Damen und Herren, liebe Gäste heute! Gestatten Sie mir, ich darf vielleicht zunächst einmal allen, die Sie heute Ihre Fachvorträge gehalten haben, danken.

Es waren interessante Vorträge, über die man natürlich weiter diskutieren darf, die auch nicht einheitlich von der Aussage her waren, aber einheitlich in einer Aussage ganz sicher, nämlich zum Wohl der Kinder. Das sei unser Anliegen und ich glaube, das ist unser Anliegen! Das haben wir auch im Burgenland mehrfach gezeigt.

Ich darf auf die konkreten Fragen eingehen: Zunächst haben Sie, Frau Abgeordnete Schlaffer, mich gefragt, warum der „Runde Tisch“ ein weiterer sein soll, als die Enquete, die heute stattfindet?

Ich habe bereits im Juni diesen „Runden Tisch“ angekündigt, habe aber klar gesagt, der „Runde Tisch“ gehört nach dem 7. Oktober veranstaltet. Denn ich glaube, dass alles was vor dem 7. Oktober stattfindet, natürlich sehr wohl, ins Parteipolitische kommt. Da hätte ich mir auch gewünscht, bei aller Sinnhaftigkeit dieser Enquete, sie nach dem 7. Oktober abzuhalten.

Denn für mich ist ganz klar und deutlich auf der Hand, dass nach dem 7. Oktober, auch 14 Tage später teilweise noch, neue Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner seitens der Gemeinden da sein werden. Und ich bin ganz klar der Auffassung, die Sie auch teilen, dass die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen auch ein Teil jener sein müssen, und Sie haben mir auch den Kostenanteil hier vorgezeigt, die zu befragen sind, mit denen man sich zusammensetzen muss.

Angesichts dessen aber, weil ich dem ausweichen wollte, was heute sicherlich passiert, wenn man das unmittelbar vor der Wahl macht, habe ich damals klar gesagt, wer dabei sein sollte: Die Gemeindevertreter, Gemeindevertreterinnen, Gemeindebund, Gemeindeverband, natürlich klar und selbstverständlich die Kindergartenpädagoginnen und natürlich auch die Eltern.

Ich bin aber auch der Meinung, dass es gerade, wenn es um die Erwerbsquotenerhöhung von Frauen und Männern geht, und vor allem um Frauen geht, dass wir eine neue, unzweifelhaft gute Befragung brauchen, die einmal zeigt, was ist der Hemmschuh oder auch mehrere, die es auch im Burgenland nicht zulassen, dass wir zwar bei der Erwerbsquote in den letzten Jahren eine Steigerung von über zehn Prozent haben, aber noch lange unter dem EU-Durchschnitt liegen, aber auch unter dem Durchschnitt in Österreich.

Wir können stolz sein, dass wir in den letzten Jahren durch viele Investitionen, vor allem auch in die Qualifizierung, eine frühere Frauenerwerbsquote haben. Nichts desto weniger, heißt es diese zu steigern. Daher möchte ich ganz klar Frauen befragen - und habe das auch in den letzten Jahren getan - was denn so der Grund sei, warum sie nicht, oder warum sie erst später in den Beruf wieder einsteigen können.

Für mich gehört zum „Runden Tisch“ natürlich auch klar die Wirtschaft, das AMS dazu, natürlich auch die Bildung und die Qualifizierung, wie sie heute angesprochen wurde, und damit auch die Pädagogik. Ich glaube, damit habe ich Ihre Frage erschöpfend beantwortet, aber das wird alles nach dem 7. Oktober - Anfang November - stattfinden und sicher nicht vorher.

Herr Abgeordneter Trummer, Sie haben vorher angesprochen, dass es notwendig ist, für das Land neue Wege zu gehen. Ich habe das, Gott sei Dank, durch Initiativen über EQUAL, sozusagen nicht einmal notwendig gewordene Kofinanzierungsmittel des Landes geschafft, fünf Millionen Euro von 2002 bis 2006 ins Land zu bringen, Gott sei Dank, zum Vorteil hat das gereicht.

Aber, das Wichtigste war der Ansatz der Innovation. Es bedarf beim Kindergartengesetz und ich habe mich da mehrfach schon darüber ausgesprochen, auch der Erweiterung von nicht nur bedarfsgerechten Betreuungsformen, sondern auch Betriebsbetreuungsformen und noch mehr gemeindeübergreifenden Betreuungsformen. Damit sich Gemeinden, damit sich Eltern, damit sich Kinder dort wohl fühlen können und das Ganze bedarfsorientiert ist. Ihnen danke ich für Ihre Beteiligung bei EQUAL. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Als Nächster zu Wort kommt der Herr Vizepräsident des Landesschulrates Mag. Josef Haider.

Bitte Herr Vizepräsident.

Vizepräsident Mag. Josef Haider: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube die Notwendigkeit der sprachlichen Frühförderung ist unbestritten. Dieses Thema nimmt auch in den Ergänzungen zum Entwurf betreffend Artikel 15a Vereinbarung einen großen Raum ein.

Meine Frage ist deshalb nur ganz kurz, Frau Landesrat Resetar: Welchen Stellenwert wird auch weiterhin, und vor allem in Zukunft, diese sprachliche Frühförderung im Kindergarten einnehmen?

Präsident Walter Prior: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Direktor Johannes Fenz, als Vertreter vom Katholischen Familienverband.

Bitte Herr Direktor.

Direktor Johannes Fenz: Zunächst einmal, ich war ein Mitglied dieser Fokusgruppe. Wenn ich dann gleich antworten darf, es waren auch Bürgermeister dabei, es waren Kindergartenpädagogen dabei. *(Abg. Christian Illredits: Wir nicht.)* Ich sage nur, ich war dabei. *(Unruhe in den Reihen der Abgeordneten.)*

Bitte? *(Abg. Christian Illredits: Es waren nur ÖVP-Bürgermeister geladen. - Abg. Kurt Lentsch: Das sind ja auch Bürgermeister oder nicht?)* Ich entscheide das nicht. *(Unruhe in den Reihen der Abgeordneten - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Ich möchte nur sagen, dass ich dabei war.

Es war eine sehr produktive Gruppe, wo sehr sachlich, meiner Ansicht nach, diskutiert wurde und wirklich die Sache in den Mittelpunkt gestellt wurde. Ich glaube, das ist mir heute etwas zu kurz gekommen.

Gerade als Präsident des Katholischen Familienverbandes erleben wir immer wieder auch die Sorgen und Nöte der Eltern und erfahren, und das möchte ich auch voranschicken und sagen, dass unbestritten ist, dass Eltern in der Betreuung eine Hilfe und Unterstützung brauchen, aber die institutionalisierten Einrichtungen nicht den Bedarf der Eltern zu 100 Prozent abdecken können.

Darum meine ich, dass natürlich gerade im Bereich der Tagesmütter, des Oma-Dienstes, wie ihn der Familienverband betreibt, ein Bedarf besteht, um des Kindeswohl, weil es angesprochen wurde, damit auch solche Situationen abgedeckt werden können. Damit ein Kind nicht um 6.00 Uhr - sage ich jetzt - aufgeschüttelt werden muss, um in die Krippe gebracht zu werden, sondern damit eben jemand in die Familie kommt und hier ein nahtloser Übergang ist, um eben auch stabile Betreuungspersonen zu haben.

Ich möchte noch zwei Hinweise geben, was die Frau Abgeordnete gesagt hat zur Evaluation des Kinderbetreuungsgeldes. Auch hier habe ich eine Bitte, den Begriff wirklich so zu verwenden, wie er ist nämlich - Kinderbetreuungsgeld. Das beinhaltet etwas.

Kindergeld klingt für mich so wie etwa Zuchtprämie. Kinderbetreuungsgeld beinhaltet auch einen Auftrag der damit erfüllt werden muss. Und wenn ich das verwende glaube ich, ist das auch eine Botschaft an die Eltern.

Diese Studie hat ergeben, dass sehr wohl 50 Prozent, wenn ich die Zahlen richtig im Kopf habe, sind das genau 48,7 Prozent, nach dem Kinderbetreuungsgeld Probleme haben, wieder in den Erwerb zu gehen. Vorher beim Karenzgeld waren es 51,2 Prozent. Also es hat sich nahezu wenig verändert, die Situation ist ziemlich gleich.

Das Hauptanliegen ist - sage ich wirklich auch - die Betreuung ist wesentlich von den Gruppengrößen abhängig. Ich glaube ein weiteres Argument, um wirklich eine Helferin in den Kindergarten zusätzlich anstellen zu können - ich weiß schon, dass das finanziell schwierig ist - ist sicher die Sicherheit, die ganz einfach in den Kindergärten auch gegeben sein muss. Wenn etwas passiert und es ist nur eine Betreuungsperson anwesend, glaube ich, ist das auch fahrlässig. Darum meine Bitte hier wirklich in diese Richtung zu denken, damit auch in solchen Situationen die Sicherheit gegeben ist. Danke.

Präsident Walter Prior: Ich erteile nun das Wort der Frau Mag. Editha Funovics vom Burgenländischen Hilfswerk.

Bitte Frau Mag. Funovics.

Mag. Editha Funovics: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist heute schon sehr oft gesprochen worden über die beiden großen Standbeine der Kinderbetreuung, wenn ich die familiäre Betreuung auf der einen Seite und die Kindergärten auf der anderen Seite hernehme. Es ist das Schlagwort sehr oft gefallen, der bedarfsgerechten Angebote.

Da habe ich aber etwas vermisst, dass man konkreter wird und ich hätte da einen Punkt, der mir auch persönlich am Herzen liegt, das sind die Tagesmütter. Das ist eine äußerst bedarfsgerechte Angebotsform der Kinderbetreuung, die eigentlich in Österreich mit sehr viel Erfolg praktiziert wird. Im Burgenland schaut es da, meines Erachtens, nicht so gut aus.

Da ist es so, dass es eigentlich seit mehr als 15 Jahren ein offenbar lieb gewordenes Provisorium gibt, nämlich einen Verein, das sogenannte „Projekt Tagesmütter“, die die Tagesmütterbetreuung im Burgenland monopolähnlich durchführen. Ich sage es jetzt bewusst ein bisschen plakativ - monopolähnlich. Es gibt nämlich kein Gesetz.

Es gibt kein Gesetz wo es irgendwelche Förderungen regelt. Dadurch, dass es keine gesetzlichen Regelungen gibt, können auch andere Anbieter nicht in den Markt hinein, weil ganz einfach die Tagsätze oder die Stundensätze, die dieser Verein Tagesmütter jetzt verlangt, für einen Mitbewerber nicht zu erzielen sind. Das hat einen einfachen Grund.

Die Regelung funktioniert so, dass die Eltern einen sozial gestaffelten Beitrag bezahlen, also nach ihrem Einkommen, das würde ja passen. Aber dann schaut es schon ein bisschen schlechter aus, denn es gibt keine objektive Regelung, sondern einen Vertrag mit dem AMS, der jedes Jahr ausverhandelt werden muss.

Darüber hinaus haben wir den netten Effekt, wenn es viele Kinder waren, für die die Betreuung in Anspruch genommen wurde in diesem Jahr, steht der Verein vor dem Problem, dass er vielleicht die Weihnachtsgelder nicht bezahlen kann. Die Vorstände gehen dann in die entsprechenden Ressorts wie Soziales und Frauen - ich sage es jetzt

ganz plakativ „Scheitelknien“ - weil eben viele Kinder die Betreuung in Anspruch genommen haben, aber man muss immer wieder ums Geld neu verhandeln.

Das ist eine Situation, die mir persönlich einmal nicht so gut gefällt und ich denke, es würde hier ganz gut sein, wenn eine Regelung kommen würde, die das ganze objektiviert, auch die Förderungen und die es auch Mitbewerbern möglich macht, hier am Markt anzubieten. Der Vorteil wäre eine flächendeckende Abdeckung des Bedarfes im Burgenland. Wir haben zurzeit zirka 60 bis 80 Tagesmütter, das schwankt, es ist nicht gerade sehr viel.

Als Zweites würde dazu kommen, dass es natürlich je mehr Anbieter da sind, um so billiger wird und dadurch auch vielleicht die Kindergärten entlastet. Das heißt, die Gemeinden entlastet und auch die Familien eine spürbare Entlastung haben.

Ein Problem, was mir immer wieder auch in meiner beruflichen Praxis auffällt ist, es gibt keine Regelung oder Förderung für Betreuung in Notfällen. Das kann jetzt sein, eine Mutter muss, ob Alleinerzieherin oder nicht, ins Spital oder hat vielleicht einen längeren Fortbildungskurs. Da gibt es zurzeit bei uns eigentlich keine Regelung, wie da entsprechend durch Förderungen geholfen werden kann.

Es ist eigentlich alles im leeren Raum, wenn jemand eine Betreuung braucht, zum Beispiel, auch für ein Kind in der Nacht. Da gibt es keine Regelungen und da ist man eigentlich auf private Initiativen angewiesen.

Dass Tagesmütter eine sehr lohnende Einrichtung sind, wage ich zu behaupten. In Österreich wird es, wie gesagt, sehr gut in Anspruch genommen. Ich kenne nur allein die Zahlen vom Hilfswerk. Da werden über 9.000 Kinder in Österreich - allein von einer Organisation - von Tagesmüttern betreut.

Dann gibt es noch einmal zirka 4.500 Kinder, also insgesamt 15.000 in Österreich, die in speziellen flexiblen Betreuungsformen betreut werden, wie zum Beispiel, die sogenannten „Kindernester“ oder „Spielgruppen“, die als ergänzendes flexibles Angebot zu den Kindergärten dazu kommen. Dankeschön. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident Walter Prior: Ich erteile nun das Wort der Frau Mag. Regina Petrik-Schweifer von der Caritas.

Bitte Frau Mag. Petrik-Schweifer.

Mag. Regina Petrik-Schweifer: In Bezug auf den Vorschlag und die Überlegungen zu alterserweiterten Gruppen in Kindergärten möchte ich hier gerne berichten, dass wir von der Caritas, in Lackendorf - Unterfrauenhaid vor ein paar Wochen mit einem diesbezüglichen Projekt gestartet sind. Das läuft ganz gut.

Das heißt, auch dort ist die Gruppe kleiner. Jedes Kind, das unter drei Jahre alt ist zählt doppelt, es ist aber eine große Alterserweiterung. Das heißt, ab Mittag können auch Tagesheimkinder in diese Institution kommen, auch die zählen doppelt. Und wir haben für kurze Zeit, also tatsächlich auch die Situation, wo Kinder von zwei bis zehn Jahren gemeinsam betreut werden.

Wir merken jetzt schon in den ersten Wochen, dass das auch den Schulkindern sehr gut tut, hier einen sehr großen Altersbezug zu haben. Natürlich müssen wir hier auf den Betreuungsschlüssel achten. Also wir brauchen mehr Betreuungspersonal, gerade auch in den Übergangszeiten, Essenszeiten, et cetera.

Einen zweiten Punkt möchte ich hier ansprechen, es wurde heute schon oft von Qualitätssicherung gesprochen. Ich möchte hier auch die Personalentwicklung in der

Kinderbetreuung im Burgenland ansprechen. Wir alle wissen, wie wichtig das ist, in die Personalentwicklung zu investieren.

Seit drei Jahren gibt es im Burgenland die Möglichkeit in jedem Kindergarten die mobile psychologisch pädagogische Beratung in Anspruch zu nehmen. Das heißt, wir sind hier eigentlich einzigartig in Österreich. Es hat jeder Kindergarten im Burgenland seine persönliche Beraterin, die für alle pädagogischen Fragen, für alle Anliegen mit Kindern, mit Eltern, im Team, die in der persönlichen Entwicklung in diesem Beruf zusammenhängen, zur Verfügung steht und dorthin kommt und wir hoffen sehr, dass es weiterhin vom Land entsprechend finanziert wird.

Wir haben eine große Kürzung hinnehmen müssen, das haben die Kindergärten sehr deutlich gespürt. Noch einmal eine Senkung dieses Beitrages würde das System ziemlich zum kippen bringen, weil dann wenig kontinuierliche Beziehung zu den Häusern da sein kann.

Wichtig ist auch, dass dem Personal zugestanden wird, damit hier Zeit auch darin investiert wird, dass ich mich mit persönlichen Beraterinnen, mit pädagogischen Fachkräften hier auseinandersetzen kann.

Einen dritten Punkt möchte ich noch ansprechen. Bei der wichtigen Forderung, die ich sehr unterstütze nach kleineren Gruppen, nach Helferinnen in der Gruppe, ich würde sagen ab dem elften Kind, aber in die Details mag ich jetzt hier nicht gehen, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass es trotz allem Kinder gibt, die in der großen Gruppe überfordert sind.

Wir erleben das gerade in der Beratung sehr häufig, da können wir noch so viel Personal in die Gruppe hineinstecken, die Gruppe an sich ist eine Überforderung. Ich würde Sie bitten, auch darüber nachzudenken, wie wir im Burgenland sonderpädagogische Kleingruppen installieren könnten, um auch diesen Kindern die Möglichkeit zu geben stabile Beziehungen auszubauen. Danke. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Als nächster Dame erteile ich Frau Andrea Baumgartner von der Berufsgruppe Burgenländische KindergartenpädagogInnen das Wort.

Bitte Frau Baumgartner.

Andrea Baumgartner: Dankeschön. Als Vorsitzende der Berufsgruppe der Burgenländischen KindergartenpädagogInnen darf ich folgende Stellungnahme abgeben.

Wir KindergartenpädagogInnen sind bereit flexibel zu sein. Es geht aber nicht nur um Quantität, sondern auch um Qualität. Um qualitativ hochwertig betreuen zu können, ist es notwendig Strukturen zu schaffen, die den Öffnungszeiten gerecht werden und ein gesetzliches Umfeld, in dem es möglich ist den pädagogischen Auftrag des Kindergartengesetzes und der Verantwortung unseren Kindern gegenüber gerecht werden zu können.

Daher ist es wichtig, eine generelle Senkung der Kinderhöchstzahl in den Gruppen auf 20 Kinder pro Gruppe. Eine verpflichtende Helferin in jede Gruppe, unabhängig von der Größe der Gruppe oder der Gruppenkonstellation. In Skandinavien ist es üblich, in einer Gruppe von 12 bis 15 Kinder drei Betreuerinnen einzusetzen.

Weiters bejahen wir die Förderung der erweiterten Öffnungszeiten, aber nur mit der Auflage zusätzliches Personal einzustellen und nicht die Gruppen in Randzeiten zusammenzulegen und die Situation für die Kinder und Kindergartenpädagoginnen zu verschärfen.

Wir akzeptieren auch die Senkung des Kindergarteneintrittsalters auf 2,5 Jahre, aber mit Rücksichtnahme auf die Gesamtgruppe und Senkung in diesen Gruppen auf höchstens 15 Kinder pro Gruppe, mit einer Beistellung einer zweiten Kraft über die gesamte Dauer der Öffnungszeiten. Danke. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident Walter Prior: Frau Mag. Rita Krammer vom Mobilien Heilpädagogischen Dienst - Rettet das Kind.

Bitte Frau Mag. Krammer.

Mag. Rita Krammer: Sehr verehrte Landesregierungsmitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich würde die heutige Diskussion gerne erweitern, um die Frage: Wie viel Betreuung braucht ein Kind mit besonderen Bedürfnissen in unserem Kindergarten. In vielen unseren burgenländischen Kindergärten werden behinderte Kinder, Kinder mit besonderen Bedürfnissen betreut, die in ihrer Persönlichkeit und in ihrer Sensibilität eine Bereicherung für den Kindergarten darstellen. Wenn sich behinderte und nichtbehinderte Kinder im Kindergarten treffen, ist das zumeist ein Gewinn für beide Seiten.

Denn auch Kinder mit Behinderungen sind zunächst einmal Kinder wie andere auch. Kinder, die mit Neugierde ihre Umwelt erkunden und lernen wollen. Kinder, die den Kontakt mit anderen Kindern brauchen und wichtige Anstöße daraus für die Entfaltung der eigenen Fähigkeit bekommen. Diese Kinder mit besonderen Bedürfnissen haben Anspruch auf besondere fachlich qualifizierte Förderung.

Die versuchen wir vom mobilen heilpädagogischen Dienst im Bereich der Sonderkindergartenpädagogik zu leisten. Wir sehen uns jedoch mit jährlich steigenden Meldungszahlen konfrontiert. Im letzten Betreuungsjahr 2006/07 waren wir konfrontiert mit einer Zahl von 1.463 Meldungen und konnten mit 20 vollzeitbeschäftigten SonderkindergartenpädagogInnen davon die Hälfte betreuen.

Auch die Zahl der Integrationsgruppen steigt jährlich. Wichtig wäre mir hier zu deponieren, zum Wohl der Kinder mit besonderen Bedürfnissen einen Ausbau des Bereiches der Sonderkindergartenpädagogik und ein Andenken des Ausbaues im Bereich der Krippenbetreuung. Dankeschön. (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident Walter Prior: Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Landesrat Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werte Expertinnen und Experten! Hohes Haus!

Ich denke, dass die heutige Debatte zu diesem wichtigen Thema eine ungeheure Bandbreite an Inhalten zu Tage gefördert hat. Von den notwendigen Einrichtungen und Institutionen bis hin zur Frage der allgemeinen Lebensbedingungen, des Lebensumfeldes von Frauen in der Berufswelt.

Ich denke, dass es auch um die Frage und vor allen Dingen auch um die Frage der Chancen am Arbeitsmarkt geht, um die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das wurde ja heute mehrfach angesprochen.

Ich denke daher, dass eines der wesentlichsten Elemente auch in Zukunft die Frage der Ausbildung, der Weiterbildung, der Fortbildung, der Qualifikation sein muss. Daher war im Burgenland in der Vergangenheit die Frage der Qualifikation ein wichtiger Schwerpunkt.

Ich bin auch froh dass es gelungen ist, etwa im Bereich der beiden Ziel 1-Förderperioden insbesondere im Europäischen Sozialfonds ein ganzes Bündel an Qualifikationsmaßnahmen, ein ganzes Bündel an Projekten, an frauenspezifischen Projekten, durchzuführen.

Wenn man sich den Arbeitsmarkt im Allgemeinen und den aktuellen Arbeitsmarkt im Besonderen vor Augen führt, stellt man zunehmend fest, dass es einen engen Konnex zwischen der jeweiligen Qualifikation und der Gefahr arbeitslos zu werden gibt. Daher ist das auch eine ganz zentrale Zukunftsfrage.

Daher ist es auch richtig gewesen, in der nun bereits begonnen Phasing Out-Periode bis zum Jahr 2003 wiederum einen namhaften Betrag für wichtige Projekte zu reservieren, für frauenspezifische Qualifizierungs- und Ausbildungsprojekte. Es ist gelungen, immerhin 3,4 Millionen Euro für diesen Bereich zu reservieren.

Ich denke, dass es gemeinsam die Zielvorgabe sein muss, dass wir daran arbeiten, die soziale und finanzielle Abhängigkeit von Frauen auf der einen Seite zurückzudrängen und auf der anderen Seite die Chancen für Frauen am Arbeitsmarkt zu steigern, um damit auch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Chance zu geben.

Ich darf daher bitten, dass wir an diesen gemeinsamen Zielen auch künftighin arbeiten. Dass wir vor allen Dingen dem Bereich der Qualifizierung breiten Raum schenken und insbesondere Frauen diese neuen Chancen ermöglichen, damit wir das übergeordnete Ziel in Zusammenhang mit der heutigen Enquete, nämlich das Kindeswohl, auch in der Realität umsetzen können.

In diesem Sinne wünsche ich der heutigen Debatte, dieser heutigen Enquete, auch einen sehr, sehr erfolgreichen Verlauf. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Ich erteile das Wort nun der Frau Abgeordneten Gabriele Arenberger.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Gabriele Arenberger (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte zu Beginn einmal eine Frage an die Frau Nationalrätin Heinisch-Hosek.

In den Jahren zwischen 2000 und 2007 hat die „schwarz-bunte Regierung“ eigentliche sehr viele Schritte gesetzt wo man sagen kann, dass eine konservative Frauenpolitik umgesetzt worden ist, die mit Sicherheit nicht in unserem Sinne war. Nämlich mit der Einführung des Kindergeldes, das in der alten Form ganz klar und deutlich den Weg für die Frauen zurück an den Herd geebnet hat.

In weiterer Folge mit der Streichung der Kindergartenmilliarde, die ersatzlos gestrichen wurde. Das bedeutet, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen auch in dieser Zeit sehr stark in das Hintertreffen geraten ist.

Nun wird auf Bundesebene eine 15a-Vereinbarung zwischen den zuständigen Ministerinnen Bures und Kdolsky verhandelt. Frauenministerin Bures hat eine Vereinbarung ausgearbeitet, die einen jährlichen Zuschuss, zum Beispiel jetzt für das Burgenland von 435.000 Euro auf drei Jahre für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige ermöglicht hat.

In den Medien liest man immer wieder, dass auf Bundeseite, wenn es zu Verhandlungen kommt, von Seiten der ÖVP sehr häufig die Vorschläge der SPÖ

boykottiert werden und dadurch die Umsetzungen sehr lange auf sich warten lassen. Wie weit sind nun diese Verhandlungen? Das ist das eine.

Das zweite: Da möchte ich mich zu einer Dame von hier aus dem Saal melden und zwar bezüglich der Frau Funovics. Dass die Tagesmütter einen Vertrag mit dem Land haben, ist irgendwie klar. Zum einem war der Sinn der Tagesmütter zum Ursprung der, dass man Frauen die Möglichkeit für Arbeit bietet. Das war ein Projekt zwischen AMS und Land.

In zweiter Folge war das Ziel eine flexible Kinderbetreuung auszuüben. Das ist auch gelungen. Ich kann Ihnen sagen, ich habe bei diesem Verein doch einige Jahre gearbeitet, dass dieser Verein flächendeckend arbeitet und sehr gut arbeitet.

Zusätzlich haben wir bei den Gemeinden immerhin eine Kinderbetreuung von 98 Prozent für die Drei- bis Sechsjährigen. Zusätzlich auch in jeder Gemeinde, wo eine Nachmittagsbetreuung nach der Schule gefordert wird, weil eben der Andrang so groß ist, von den Gemeinden auch das umgesetzt wird.

Für mich, und das muss ich auch sagen, ist eine flächendeckende Betreuung durch den Verein Tagesmütter gegeben. Wir haben, wie Sie richtig gesagt haben, 60 bis 80 Tagesmütter beschäftigt. Es ist der Bedarf mit diesen Tagesmüttern zu 98 Prozent, kann man sagen, abgedeckt.

Ich wüsste nicht, warum es hier eine andere Form von Tagesmüttern geben sollte. Es erscheint mir persönlich nicht notwendig. Würde man den Markt aufmachen, denke ich mir, hätten beide Vereine, sowohl das Hilfswerk, für das Sie hier eintreten, als auch der Verein Tagesmütter kaum die Möglichkeit zum Überleben. Das ist das Eine.

Zweitens, würde ein Projekt sterben, das den Frauen wirklich sehr gute Arbeitsmöglichkeiten bietet. Ich für meinen Teil muss Ihnen sagen, wenn das ein Projekt ist, wo man Frauen Arbeit ermöglicht, die an und für sich kaum eine Chance haben, insbesondere im Süden, dann ist dieses Projekt hervorragend. Es wird vom AMS auch in dieser Institution gefördert. Das ist in Ordnung so.

Wenn Sie weiter Kinderbetreuung anbieten wollen, dann tun Sie das. Das ist absolut kein Problem. Nur dieses Projekt ist eben so ausgearbeitet worden, dann müssen Sie sich einen anderen Weg suchen. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Als nächster Redner erteile ich der Abgeordneten Inge Posch als Vertreterin der Kinderfreunde das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Inge Posch (SPÖ): Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen!

Wir haben vorher von Nationalrätin Gabi Heinisch-Hosek gehört, dass es insgesamt 150 verschiedene Betreuungsmodelle in ganz Europa gibt. Wir haben von einigen gesprochen. Ich möchte auf eine Forderung der Kinderfreunde hinweisen. Ich weiß, dass es nur ein kleiner Schritt ist, aber ich denke mir, dass die Forderung nach dem Vaterschutzmonat doch ein kleiner Schritt mit großer Wirkung wäre.

Wir haben bereits 2004 die Forderung auch an die Nationalrätin Heinisch-Hosek, Frau Kollegin Gottweis, gestellt. Wir haben bereits 2004 über 10.000 Unterschriften abgegeben und gefordert, dass die Väter gleich nach der Geburt einen Monat bei ihrer Familie zu Hause sein könnten. Ich denke mir, dass dies an und für sich eine Forderung ist, die allen Betroffenen sehr helfen würde.

Die Väter würden den Einstieg in das Familienleben wesentlich leichter haben. Die Kinder hätten ganz sicherlich von Anfang an ein anderes Rollenbild und die Mütter würden entlastet werden.

Ich denke mir, dass ein Monat zu Hause bei den Kindern, bei vollem Lohnausgleich, eine Forderung ist, die finanziell nicht so viel kosten würde. Diese Forderung haben wir auch gemeinsam mit der Wirtschaft schon sehr oft diskutiert, da die Kinderfreunde eben schon seit 2003 diese Forderung haben.

Wir haben im Jahr 2004 und auch im Jahr 2005 die Forderung an das Nationalparlament übergeben. Die ÖVP und die Freiheitlichen haben gegen diese Forderung gestimmt. Die SPÖ und die Grünen waren von Anfang an dabei und haben dies unterstützt. Ich weiß auch, dass es im Regierungsprogramm bereits verhandelt wurde. Ich denke mir, es wäre wirklich ein kleiner Schritt aber mit sehr großer Wirkung.

Meine Frage wäre daher: Haben wir eine Chance, dass dieser Vaterschutzmonat noch verwirklicht werden kann? Werden wir jetzt mehr tun können dafür oder ist es so, dass sich die konservative Seite nach wie vor dieser Forderung quer legt?

Präsident Walter Prior: Als nächster Redner erteile ich der Abgeordneten Frau Doris Prohaska das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doris Prohaska (SPÖ): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Heute ist schon des Öfteren der Begriff der kindlichen Frühförderung gefallen. Zuletzt vom Herrn Vizepräsidenten Haider, der wissen möchte, wie die Frau Landesrätin Resetar den Stellenwert dieser frühkindlichen Förderung einschätzt. Ich möchte über diese Schätzung weit hinausgehen.

Für mich als Pädagogin ist es keine Frage wie hoch der Stellenwert anzusehen ist. Es gibt genügend Studien. Wir haben von diesen Studien heute schon gehört. Viele europäische Länder haben ihre Bildungssysteme dementsprechend ausgerichtet. Ich bin überzeugt davon, dass eben diese Frühkindförderung für die Entwicklung der Kinder speziell im letzten Kindergartenjahr von enormer Bedeutung ist.

Meine Frage jetzt an die Frau Nationalratsabgeordnete Heinisch-Hosek: Ist daran gedacht, dass aus der 15a-Vereinbarung Finanzmittel für diese Frühkindförderung verwendet werden?

Präsident Walter Prior: Als Nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Präsident Kurt Lentsch das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kurt Lentsch (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Vor allem liebe Fachexperten!

Wirklich ein interessantes Gespräch hier bis jetzt. Ich möchte aber schon der zuständigen Landesrätin Mag. Michaela Resetar dazu gratulieren. Meiner Meinung nach, hat sie das richtig aufgezogen. Sie hat das erst begonnen fraktionell zu diskutieren. Wir haben dann im Klub das Thema Kinderbetreuung ausschließlich diskutiert und jetzt ist es gemeinsam mit dem ÖVP-Klub auf Initiative unseres Klubobmannes auf parlamentarische Ebene gebracht worden. Ich sehe da keinen Fehler. Ich sehe das vernünftig, normal und logisch.

Das Zweite was ich anmerken möchte ist, dass ich mich mit dem Thema Familienfreundlichkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, seit vielen Jahren beschäftige. Ich habe das in meinen Gremien immer getan und ich habe es auch geschafft, als erstes burgenländisches Unternehmen das internationale Audit Familie und Beruf zu erhalten. Weil ich mich ganz einfach auch in meinem unternehmerischen Bereich damit beschäftige habe.

Ich bin jetzt seit zehn Jahren Bürgermeister einer großen Stadt, nämlich der Stadt Neusiedl am See im Burgenland. Ich habe mir die Zahlen herausgesucht. Ich hatte Pro-Kopf-Ausgaben, auf die Einwohner aufgeteilt, im Jahr 1996 in Neusiedl am See 58,50 Euro. Ich habe dann versucht in meiner Gemeinde einiges umzusetzen.

Wir haben die Kinderbetreuung ausgeweitet. Wir haben speziell für bedürftige Kinder Möglichkeiten geschaffen, wir haben für Kinder die besondere Betreuung benötigen, Möglichkeiten geschaffen und wir haben Öffnungszeiten, die zumindest in einem Kindergarten von 7.00 Uhr in der Früh bis 17.00 Uhr am Abend gehen. Im Jahr 2006 hatten wir pro Person Kosten von 116,70 Euro. Also wir haben das definitiv in zehn Jahren verdoppelt.

Ich sehe die Bedürfnisse der Kinder, der Kleinsten auch jetzt. Ich sehe auch, dass da sicher noch viel Spielraum drinnen ist. Ich habe nur eine Bitte, vergessen Sie auf die Finanzen der Gemeinden nicht. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Als Nächste ist Frau Landesrätin Mag. Michaela Resetar zu Wort gemeledet.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Nachdem ich angesprochen wurde zu den Sprachtickets. Ich möchte natürlich meinen beiden Kindergarteninspektoren Cornelia Berlakovich und Andrea Beier Danke sagen. Es war damals eine enorme Kraftanstrengung. Wir mussten alle KindergartenpädagogInnen zu dem Thema Sprachtickets einschulen. Es wurde ja immerhin von Frau Ministerin Elisabeth Gehrler eingeleitet. Gott sei Dank wird dies von den Ministern Schmid und Hahn jetzt weiter fortgesetzt. In der 15a-Vereinbarung ist auch geregelt, dass in den nächsten drei Jahren jeweils pro Jahr fünf Millionen Euro den einzelnen Bundesländern für die Sprachförderung zustehen soll. Selbstverständlich werden die KindergartenpädagogInnen neben den zusätzlichen Aufgaben, die sie ohnehin schon zu erfüllen haben, auch diese Sprachtickets in den Kindergärten einlösen.

Die aktuelle Zahl: Insgesamt wurden 133 Sprachtickets im Zuge der Schuleinschreibung im vergangenen Herbst an die Eltern der Kinder ausgegeben. In Summe wurden 101 Sprachtickets von 40 Kindergärten eingelöst. Das ist - wie gesagt - eine enorme Kraftanstrengung noch zusätzlich zu den vielen Aufgaben.

Aber ich bin überzeugt davon, dass dieser erfolgreiche Weg, den die Frau Ministerin Elisabeth Gehrler eingeschlagen hat, von den beiden Ministern Schmid und Hahn fortgesetzt wird.

Zur 15a-Vereinbarung hätte ich nur noch eine Anregung. Ich habe mir selbstverständlich sehr genau die Barcelona-Ziele angeschaut. Es gibt einmal die Barcelona-Ziele, die müssen wir so zur Kenntnis nehmen. Aber sie nehmen keinerlei Rücksicht auf die regionalen Unterschiede innerhalb der EU.

Wir haben nicht nur starke länderspezifische Unterschiede, sondern vor allem auch regional individuell ausgeprägte Strukturen. Wenn wir zum Beispiel in urbanen Bereichen vielleicht mehr Bedarf an Sprachförderung brauchen und die Kinderbetreuung ohnehin schon halbwegs abgedeckt ist, so werden wir vielleicht in ländlichen Regionen viel mehr an Betreuungsangeboten brauchen.

Ich denke da zum Beispiel auch an Tourismusregionen oder an Gemeinden, von einem großen Betrieb mit Schichtdienst. Da werden wir selbstverständlich auch auf die Öffnungszeiten Rücksicht nehmen und diese Öffnungszeiten auch verlängern.

Die Frau Abgeordnete Gottweis hat mich gefragt, wie ich zu der Erweiterung der Öffnungszeiten stehe. Wir haben jetzt schon aufgrund des Gesetzes die Möglichkeit, einen Kindergarten 48 Stunden offen zu halten. Wenn ich das auf fünf Tage herunterbreche, dann sind das 9,6 Stunden, die wir täglich öffnen können.

Ich stelle mir vor, diese Öffnungszeiten von 48 Stunden auf 60 zu erhöhen. Das würde dann bedeuten, dass ein Kindergarten die Möglichkeit hat, 12 Stunden am Tag den Kindergarten offen zu lassen. Aber ich plädiere natürlich und viele Rückmeldungen habe ich bekommen von den KindergartenpädagogInnen, die jetzt ein bisschen Angst haben, dass die Kinder noch länger im Kindergarten bleiben. Vielleicht sogar 12 Stunden - wäre hier jetzt die Möglichkeit.

Ich plädiere natürlich an die Eigenverantwortung der Eltern, dass man die Kinder nur solange im Kindergarten lässt, wie es halt unbedingt notwendig ist. Diese verlängerten Öffnungszeiten dienen natürlich für jene Eltern, für Mütter, für Väter, wo zum Beispiel die Mutter erst am Nachmittag zu arbeiten beginnt und dann eben bis sieben am Abend arbeiten muss, zum Beispiel als Verkäuferin bei einem Billa-Konzern.

Ich habe durchwegs positive Rückmeldungen von den KindergartenpädagogInnen, ich habe auch keinen Zwang ausgeübt. Wenn ich nur zitieren darf: Ich bin für ihre Anregungen sehr dankbar, die sie mir geben. Viele Rückmeldungen habe ich bekommen, wo man hier wieder eine parteipolitische Sache daraus machen möchte. Gut es sei Ihnen voreingenommen, liebe Frau Abgeordnete.

Zum Schluss möchte ich noch auf das Projekt in Lackendorf zu sprechen kommen, weil die Frau Mag. Petrik-Schweifer das angesprochen hat. Ich bin dankbar dafür, dass wir hier versucht haben, eine altersgemischte Gruppe zu machen. Ich weiß, welche Kraftanstrengung es zum einen gebraucht hat. Ich bin sehr froh darüber, dass dieses Projekt auch wissenschaftlich begleitet wird. Vielleicht können wir daraus Ergebnisse erzielen, um vielleicht auch in Zukunft Pilotprojekte in der Form zu machen. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Ich erteile nun das Wort Herrn Abgeordneten Klubobmann Illedits.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sicher sehr positiv, eine Enquete zu diesem Thema abzuhalten. Ich möchte nicht mehr darauf eingehen, ob der Zeitpunkt derjenige ist, der richtig ist, oder der absichtlich so gewählt wurde. Das ist Politik und das ist legitim.

Ich werde dort anknüpfen, wo der Kollege Lentsch geendet hat. Obwohl ich in anderen Ausführungen vielleicht nicht immer seiner Meinung bin. Vergessen Sie die

Gemeinden nicht, das hätte eigentlich - und das wurde schon einmal erwähnt - an den Beginn der ganzen Debatte gestellt werden sollen, die Sie inszeniert haben.

Zweitens, gebe ich dem Kollegen Lentsch auch Recht, wenn er aufgezählt hat, wo eine Diskussion stattgefunden hat - nämlich in einer Focus-Gruppe oder in Focus-Gruppen, die rein parteipolitisch, ÖVP-politisch waren. Das hat der Herr Kollege Lentsch sprichwörtlich hier aufgezählt und bestätigt.

Das ist sicher nicht eine repräsentative Gruppe für alle burgenländischen Gemeinden zum einen, sicher nicht für alle burgenländischen PädagogInnen und schon gar nicht für alle burgenländischen Eltern, um die es in diesem ganzen komplexen Thema geht.

Wenn Sie, Frau Landesrätin, einen Fragenkatalog an die Eltern ausschicken - und so ist es passiert - ohne die Gemeinden zu informieren, das steht Ihnen frei, wo Sie genau Ihr Programm den PädagogInnen schicken und dann auf Fragen sehr gerne reagieren, oder auf Anregungen, die Sie sehr gerne entgegennehmen, so wie Sie das abschließend in diesem Schreiben formulieren, dann ist das auch begrüßenswert.

Nur ist eine Vorgehensweise, die ich als Bürgermeister und auch als Klubobmann der SPÖ so sicher nicht kritiklos an uns vorbeigehen lasse. Ich denke, dieses Thema ist allemal mehr wert, als politisch einseitig diskutiert zu werden. Wenn Sie es hernehmen und jetzt in Presseaussendungen fordern, diese Überlegung im Regierungsübereinkommen zu verankern mit wirklich sehr viel Geld, Kofinanzierung durch die Länder, mit 15a-Vereinbarung zu fixieren, ist zu wenig, dann wirklich die Erinnerung an Sie zurück.

Sieben Jahre kein Kindergeld im Bereich der Kinderbetreuung für die burgenländischen Gemeinden und für die Länder. Ich bezeichne es trotzdem als Kindergeld, weil es schlussendlich das Geld für die Kinder ist. Es ist das Kindergeld für die Gemeinden, für die Länder, aber für die Kinder, wenn Sie schon davon sprechen, dass das Kind im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen soll. Das heißt, die Kindergartenmilliarde wurde gestrichen und jetzt stellen Sie sich her und sagen, das ist zu wenig.

Dass heißt, man reduziert und dann sagt man: Jetzt gibt es eine andere Zuständigkeit im Bund, jetzt ist es zu wenig. Die Forderung vom Kollegen Heissenberger - interessant - vier Jahre an den Bund, beim Kindergartenbus war das nicht so. Immer an das Land. Jetzt ist eine zuständige Ministerin der SPÖ verantwortlich, dann geht es an den Bund. Parteipolitik pur. Das ist das, was ich in dieser sehr wichtigen Materie für alle Betroffenen hier in Abrede stellen möchte.

Eines noch dazu: Wenn es schon in Richtung Bund geht, dann in Richtung Ihres Parteichefs Finanzminister Molterer. Mehr Geld ins Bundesbudget, dann wäre es vielleicht möglich, hier mehr Geld auch im Bereich der Kinderbetreuung zu investieren.

Jetzt aber eines noch: Wir sind Österreichmeister im Burgenland. Im Bereich der Kinderbetreuung von drei bis sechs Jahren, aber auch zweiter im Bereich der Kinderbetreuung von drei Jahren abwärts, das heißt Kinderkrippe. Das darf nicht außer Acht gestellt werden, nochmals. Bei der Novelle 2002 waren Sie nicht dabei.

Beschlussfassung hier im Landtag SPÖ mit FPÖ, die ÖVP war dagegen. Das gehört erwähnt. Jetzt schmücken Sie sich mit fremden Federn. Wir haben sehr viel erreicht und schlussendlich war diese Novelle mit ausschlaggebend dafür, dass wir beinahe hundertprozentige Kinderbetreuungsichte vorweisen können.

Die HelferInnen waren eine gute Investition. Sie waren dagegen. Wir müssen sagen kleinere Gruppen. Wir sind dafür, wir sind dafür. Wir sind auch dafür, dass wir hier Qualität vor Quantität stellen, keine Frage.

Die verlängerten Öffnungszeiten - Sie waren dagegen, jetzt sind Sie dafür. Ich begrüße Ihre politische Kehrtwendung, wenn Sie jetzt auch den Slogan „Vereinbarkeit, Beruf und Familie“ in den Mund nehmen. Ich denke, das ist wichtig.

Eines noch an Sie: Auch Sie tragen, wie alle hier auf der Regierungsbank Budgetverantwortung. Auch das sollten Sie im Burgenländischen Landtag nicht vergessen. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Als nächstem Debattenredner erteile ich Herrn Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte mich nicht mehr zu Wort melden, nütze aber meine Wortmeldung, um mich bei den Expertinnen und Experten zu bedanken. Sie haben uns gezeigt, dass wir neben unserer gesetzgeberischen Aufgabe Dinge zu berücksichtigen haben, die im tagespolitischen Geschehen möglicherweise von uns zu wenig beachtet werden. Vielen herzlichen Dank. Sie haben uns wieder aufgerüttelt.

Zu meinem Kollegen muss ich sagen: Wir als Österreichische Volkspartei haben 2005 dem Kindergartengesetz deshalb in dieser Form nicht zugestimmt, weil wir es weitergehend fassen wollten. Wir wollten zusätzlich zu diesen Dingen - und das ist hier im Hohen Haus bekannt, die Hortförderung mit hinein verpacken. Das war der Grund, warum wir diesem Gesetz nicht unsere Zustimmung geben konnten.

Das heißt nicht, dass wir gegen das, was beschlossen wurde, sind. Im Gegenteil, wir wollten es noch erweitern. Das ist hier bekannt und das wollte ich nur richtigstellen. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Ich darf nun Herrn Landeshauptmann Hans Niessl das Wort erteilen.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Liebe Expertinnen, liebe Experten! Ich darf mich abschließend auch sehr herzlich bedanken einerseits für die Debattenbeiträge und andererseits vor allem für die Meinung und für die Statements der Expertinnen und Experten.

Ich denke, dass es für uns alle sehr gut ist, wenn man verschiedene Meinungen zum gleichen Thema hört, wo man sich dann selbst ein Bild machen kann und sich ein Bild darüber macht, wohin sozusagen die Betreuung der unter Dreijährigen, der Drei- bis Vierzehnjährigen in Zukunft auch führen soll. Wenn ich mich auch nicht mit allen Meinungen decke, denke ich, trägt das auch alles zur Meinungsbildung in entsprechender Form bei.

Abschließend und zusammenfassend: Ich glaube, wir können nach einer Zwischenbilanz eine gute Bilanz im Bereich der Kinderbetreuung ziehen. Das Land Burgenland hat in der Vergangenheit die schwierigsten Voraussetzungen bei der Kinderbetreuung gehabt. Wir sind heute laut Rechnungshofbericht die Nummer eins bei

den Drei- bis Sechsjährigen. Wir sind bei den unter Dreijährigen österreichweit an zweiter Stelle und wir liegen im Spitzenfeld bei den über Achtjährigen.

Man muss auch dazusagen - und es wurde ja auch von verschiedenen Abgeordneten erwähnt - den Schwerpunkt dieser Arbeit tragen die burgenländischen Gemeinden. Also der Präsident des Gemeindevertreterverbandes, des Gemeindebundes, des Städtebundes und die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen. Gemeinsam mit den KindergartenpädagogInnen haben sie ein gutes System im Burgenland aufgebaut. Ihnen gebührt in erster Linie mein Dank, dass sie so ausgezeichnete Arbeit geleistet haben (*Allgemeiner Beifall*).

Es ist richtig, dass man darüber diskutieren soll, wie das noch weiter verbessert werden kann. Wir werden uns mit Sicherheit nicht zurücklehnen und sagen: Nachdem wir in Österreich in allen Bereichen im Spitzenfeld sind, brauchen wir keine Verbesserungen mehr. Das wäre der falsche Weg.

Natürlich brauchen wir sowohl was die pädagogische Betreuung betrifft, Verbesserungen von den Gruppengrößen, von der Anzahl der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen.

Natürlich müssen wir uns überlegen, wohin entwickelt sich die Frühkindpädagogik? Es kann schon sein, dass die Deutschen überdrehen und sagen: Ein Lehrplan für den Kindergarten, das ist zuviel. Dass es aber neue Erkenntnisse gibt, dass man keine Verschulung will, sondern, dass die Kinder in spielerischer Form mit zwei, drei und vier Jahren bestens ausgebildet werden können.

Auch darauf muss man hinweisen und genau das soll man auch in Zukunft berücksichtigen, diese neuen Erkenntnisse im Bereich der Frühkindpädagogik mit keiner Verschulung, aber mit sinnvollen pädagogischen Tätigkeiten, ohne dass die Kinder überfordert werden.

Die Erziehungswissenschaftler wissen ganz genau, was das Kind mit einem, zwei, drei, vier und fünf Jahren braucht. Hoch qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen werden diese Bedürfnisse in den Kindergärten umsetzen.

Es ist auch klar und es ist Realität, dass die Erwerbsquote der Frauen in den nächsten Jahren ansteigen wird. Da kann man noch davon ausgehen, dass das Kinderbetreuungsgeld eingeführt wird. Jetzt haben wir die Möglichkeit, dass Frauen das Kinderbetreuungsgeld in einem kürzeren Zeitraum und höher nehmen. Das ist gut und richtig. Frauen sollen und müssen entscheiden, ob sie ihr Kind in den Kindergarten geben oder ob sie länger selbst zu Hause bleiben.

Der Trend wird dorthin gehen, dass mehr Frauen berufstätig sind. Das ist eine große Herausforderung, der wir uns stellen müssen und gute Rahmenbedingungen weiterhin mit den Gemeindevertretern, mit den Eltern, mit den Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen schaffen, dass wir diese Erfolgsstory im Bereich der Kinderbetreuung, die wir im Burgenland zweifelsohne gehabt haben, auch weiter fortsetzen werden.

Wenn die Frau Landesrätin Dunst den Runden Tisch einberuft, dann finde ich das auch für gut und richtig und das auf eine sehr breite und große Plattform stellt. Denn wir stellen - und da bin ich mit dem zuständigen Finanzreferenten Helmut Bieler einig - wir werden in den nächsten drei Jahren zusätzliche finanzielle Mittel in die Hand nehmen und gemeinsam mit dem Bund 2,6 Millionen Euro, 2,6 Millionen Euro zur Verfügung stellen. 50 Prozent Land, 50 Prozent Bund, um die Vorgaben und den Ministerbeschluss der Bundesregierung auch umzusetzen. Nämlich, dass wir den Anteil der unter Dreijährigen

im Betreuungsbereich Barcelona-Ziel 2002 Bundesregierung Schüssel, FPÖ, die das beschlossen haben auf EU-Ebene, dieses Barcelona-Ziel auch anzuheben.

Wir werden dazu finanzielle Mittel, immerhin 50 Prozent von 2,5 Millionen, (*Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) zur Verfügung stellen, um hier Verbesserungen zu erreichen, Betriebskindergärten zu ermöglichen. Auch das ist ein Bedarf, wo in manchen Betrieben 1.000 Frauen beschäftigt sind.

Frage: Ist ein Kindergarten, Kinderbetreuung, dort notwendig? Meiner Meinung selbstverständlich! Auch das ist eine neue Ebene, Kindergarteneintritt mit 2,5 Jahren, denke ich, wurde auch sehr ausführlich diskutiert, ist weiter zu diskutieren. Also spannende, interessante Anknüpfungspunkte, mehr Geld von Seiten des Landes, mehr Geld von Seiten des Bundes. In der Bildung bewegt sich einiges und das ist gut so. Herzlichen Dank fürs Kommen! (*Allgemeiner Beifall*)

Präsident Walter Prior: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir liegen jetzt keine Wortmeldungen mehr vor. Ich stelle daher die Frage an die Expertinnen und Experten, ob sie noch zu einem Schlussstatement bereit sind. Frau Goldmann? (*Zwiesgespräche in den Reihen der Expertinnen und Experten.*) Es muss nicht sein, aber ich frage nur.

Frau Abgeordnete Rosenkranz? Ich würde Sie bitten. Es hat Fragen gegeben.

Nationalratsabgeordnete Barbara Rosenkranz: Es war eine sehr interessante Debatte und Frauen haben immer das letzte Wort, wie Sie wissen, also ich würde das schon in Anspruch nehmen - Nein!

Es haben sich wieder ein Überblick und eine Zusammenfassung der ganzen Problematik ergeben. Ich darf ganz kurz noch zu einigen Dingen Stellung nehmen.

Wie Herr Landeshauptmann gesagt hat, meint er, dass der Trend in Richtung Erhöhung der Frauenerwerbsquote geht. Ich meine doch, dass man da ein bisschen darauf achten muss, das als Politiker festzuhalten. Natürlich gibt es Trends, die von vorpolitischen Wirkungen und Ursachen beeinflusst werden, dennoch sind wir Politiker gehalten, einen Trend zu lenken, zu leiten und zu bestimmen. Wir sind Gestaltende. Also man kann sich überlegen, wo die Dinge hinlaufen sollen.

Aber jedenfalls ist es richtig, dass die Frage der Erwerbstätigkeit natürlich vor allem von Frauen mit der Frage der Kinderbetreuung verknüpft ist. Und da ist eine Schlüsselfrage natürlich die Frage des Wiedereinstiegs.

Nicht teile ich die Meinung, dass das Kinderbetreuungsgeld ein, wie hat es geheißen, ein gemachter Weg zurück an den Herd war. Das sehe ich nicht so. Es war die Möglichkeit, Wahlfreiheit zu gewähren und auszuüben. Und noch einmal: Kinder sind nicht lediglich ein Erwerbshindernis, und die Betreuung von Kindern ist ein Wert per se und eine Arbeit, die anerkannt werden muss. (*Allgemeiner Beifall*)

Kinder sind sozusagen keine Falle, was den Wiedereinstieg betrifft. Da wird natürlich immer wieder argumentiert, am Ende des Karenzgeldes, eineinhalb Jahre, wird verglichen mit Ende des Kinderbetreuungsgeldes zweieinhalb Jahre. Eh klar, wenn ich es zweieinhalb Jahre beanspruchen kann, dann werde ich nach eineinhalb Jahren natürlich wesentlich mehr Frauen, vor allem, finden, die noch beim Kind sind.

Wenn man aber den richtigen Zeitraum vergleicht, nämlich zweieinhalb Jahre nach der Geburt des Kindes Karenzgeldbezieherinnen und zweieinhalb Jahre nach der Geburt des Kindes Kinderbetreuungsgeldbezieherinnen, dann komme ich wieder auf dasselbe.

Stimmt nicht. Es stimmt nicht, dass das Kinderbetreuungsgeld ein Hemmnis für den Wiedereinstieg war.

Wiedereinstieg aber jedenfalls ist ein Schlüsselthema und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Aber das sollte man auch etwas weiter sehen. Die gleichzeitige Vereinbarkeit wurde heute hier hinreichend auch diskutiert. Aber man könnte sich angesichts der Tatsache, dass Frauen mittlerweile eine Lebenserwartung von über 80 Jahre haben, auch ein bisschen zerbrechen, ob man es nicht sukzessive hintereinander rüberschalten könnte, weil da sind uns natürlich schon von der Biologie auch durch keinen politischen Beschluss umdrehbare Rahmenbedingungen gegeben.

Es gibt eine Zeit, wo Kinder auf die Welt kommen können, und die ist dann vorbei. Man könnte sich schon den Kopf zerbrechen, ob wir nicht flexibel genug sein können, nach einer Ausbildungsphase eine Familienphase zu haben und dann verstärkt eine Berufsphase anzubieten.

Denn eines kann ich Ihnen schon sagen: Frauen mit 35 oder 40, so wie es ist, sind nicht zu alt. Die haben auch nach einer Familienphase viel Wissen, viel Können, viel Persönlichkeitsentwicklung, viel Reife mitzubringen. Das ist ein Wert für den Arbeitsmarkt.

An und für sich absurd, dass, solange Frauen dringend bei ihren kleinsten Kindern gebraucht werden, sie am Arbeitsmarkt einen hohen Wert haben, wenn sie selber dann, nachdem die Kinder aus dem Größten draußen sind, gerne auf den Arbeitsmarkt gehen würden, dann sagt man, leider etwas zu faltig und zu alt und bringt nichts mehr zusammen. Das ist falsch. So flexibel muss eine moderne Gesellschaft sein, dass man das auch hintereinander schalten kann.

Es entspricht dies sicher auch der Lebenswirklichkeit, weil die Frau Vorstandsvorsitzende oder die Frau Universitätsprofessorin, die an ihrer Habilschrift arbeitet, die ordnet und regelt sich die Kinderbetreuung. Die mag natürlich sagen und so wird es auch sein, wenn ich nicht dran bleibe, dann bin ich konkurrenzgefährdet und habe keine Chance mehr.

Aber die Arbeitnehmerin im Einzelhandel zum Beispiel, wenn ich der die Wahl lasse, ob sie nicht doch noch ein bisschen länger bei ihrem Kind sein will, die wird in aller Regel nicht sagen, nein, ich muss sofort wieder zu meinen Regalen und ich muss es auf der Stelle wieder machen.

Diese Wahlfreiheit muss man gewähren und auch kombinieren mit dem Modell des Sukzessiven, des Hintereinander.

Wichtig ist es, die Vielfalt der Betreuungseinrichtungen im Auge zu haben. Dass dort, wo außer Haus betreut wird, das natürlich den realistischen Gegebenheiten entspricht. Aber ganz besonders wichtig ist es auch, die Betreuung durch die eigenen Eltern nicht zu verunmöglichen, indem man nur mehr die Außerhausbetreuung fördert. Das kann natürlich schon auch passieren. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Jeder, der arbeiten will, soll es können, aber müssen bei kleinen Kindern soll er es nicht. Denn, so steht es auch im ABGB, es ist das Recht und die Pflicht der Eltern, ihre Kinder zu erziehen. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Danke Frau Abgeordnete.

Bitte Herr Universitätsdozent.

Universitätsdozent Dr. Johann Pehofer: Nachdem keine Frage an mich gerichtet wurde, darf ich vielleicht ein persönliches Statement abgeben. Auch Pädagogen sind lernfähig, und ich habe heute wirklich sehr viel gelernt.

Es hat mir gezeigt, dass dieser Dialog, der hier stattfindet, auch irgendwo so in den Bereich der Wissenschaft gehört. Und das würde ich mir irgendwo für die Zukunft wünschen, diesen Dialog Wissenschaft, Politik, dass wir diesen vielleicht intensivieren können.

Ich danke Ihnen jedenfalls für die Einladung. Es war sehr interessant. Danke schön! *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Herr Universitätsdozent, ich bedanke mich für das ausgesprochene Lob. Wir nehmen das gerne entgegen. Danke schön!

Frau Nationalratsabgeordnete Heinisch-Hosek? *(Zwiesgespräche in den Reihen der ExpertInnen.)*

Bitte Frau Goldmann.

Brigitte Goldmann: Es ist schon so viel über die Kinder und über das Wohl der Kinder geredet worden. Also ich würde jetzt eigentlich nur wiederholen, was, glaube ich, doch im Raum steht: Bitte vergesst die Kinder nicht!

Es wird viel ums Geld gehen. Es geht um Gemeinden, Länder, Bund und so weiter. Ich bin kein Politiker, für mich war das sehr interessant, was sich da alles abspielt in der Politik, aber bitte, vergesst die Kinder nicht dabei! *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Danke Frau Goldmann. Sie wissen, dass uns die Kinder am Herzen liegen. Daher hat auch diese Veranstaltung stattgefunden, aber nicht nur, sondern wir sind des Öfteren mit diesem Thema befasst. Danke für Ihren Beitrag.

Frau Abgeordnete ich bitte um Ihr Schlussstatement.

Nationalratsabgeordnete Gabriele Heinisch-Hosek: Herzlichen Dank. Es ist sicher nicht der Rahmen und der Ort, dass ich mich mit meiner Kollegin, mit meiner geschätzten Kollegin Rosenkranz matche. Aber ich muss jetzt zwei, drei Klarstellungen vornehmen.

Wir sind bei den Familienleistungen geldmäßig Europameister. Das wissen wir. Also die Geldleistungen an unsere Familien sind enorm hoch. Die Wirkung allerdings ist nicht immer so wie sie gewünscht ist.

Das heißt, dass Armutsvermeidung nicht immer gegeben ist, bei der Höhe der Familienleistungen und außerhäuslich oder familiär. Außerhäusliche Familienleistungen, sprich investieren in institutionelle Kinderbetreuung, da haben wir Nachholbedarf. Deswegen stehen wir oder sitzen Sie heute auch hier.

Eine Frau mit 35 ist alt auf dem Arbeitsmarkt, ob sie Falten hat oder nicht. Das ist von der Statistik her so, schwer vermittelbar. Das ist unmöglich, aber es ist sehr hart. *(Zwiesgespräche in den Reihen - Der Präsident gibt das Glockenzeichen)* Das sagt das AMS. Wenn wer vom AMS da ist, die werden mir das bestätigen.

Die dritte Klarstellung, bevor ich das Schlusswort ergreife, weil auch Fragen an mich gestellt wurden. 42 Prozent von Karenzgeldbezieherinnen sind nach zweieinhalb Jahren wieder eingestiegen, nur mehr 22 Prozent der Frauen, die in dieser Übergangsphase waren, und nur mehr 19 Prozent der Kindergeldbezieherinnen. Wir können es dann gerne nachlesen. Aber Studien hin oder her, das ist eine von vielen, in

der halt diese Zahlen stehen. Weil ich das von Ihnen so vernommen habe, wollte ich das klarstellen.

Ganz kurz zu den Fragen, die an mich gestellt wurden, aber vorher noch zu den Begriffsklärungen. Ob ich jetzt Kindergeld sage oder Kinderbetreuungsgeld, wie Sie das angeschnitten haben, ich weiß, dass wir auch Gesamtschule sagen, gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen oder neue Mittelschule, meinen tun wir das Gleiche.

In dem Fall die gemeinsame Erziehung unserer Kinder zwischen 10 und 14 und im anderen Fall der Bezug eines Kinderbetreuungs- oder Kindergeldes.

Ja, es ist richtig. Von 2000 bis 2007 war die Frauenpolitik dahingehend, dass die Meinung verbreitet wurde, Frau, wenn sie nur tüchtig wäre, könne sie schon alles. Wir brauchen sie daher nicht oder nur sehr wenig unterstützen. Es war dann der Meilenstein der schwarz-blauen Bundesregierung das Kindergeld und wir haben die Auswirkungen erlebt.

Frauen haben es schwerer gehabt beim Wiedereinstieg in den Beruf, und es ist erwerbshemmend gewesen. Das sagt uns auch die OECD, nicht nur die SPÖ-Politikerin, die jetzt vor Ihnen steht.

Die Kindergartenmilliarde ist weg. Wir haben sie neu. Es ist die große Chance. Der Herr Landeshauptmann hat es jetzt gesagt, 2,6 Millionen Euro für das Burgenland. Natürlich muss das Land die Hälfte dazu beitragen, aber dreimal 20 Millionen vom Bund ist ja nicht nichts. 15 Millionen für die Betreuung der unter 3-Jährigen, und das hat die Frauenministerin heute angedeutet, zu drei Viertel für unter 3-Jährige und zu ein Viertel kann dieses Geld auch für über 3-Jährige verwendet werden und die restlichen fünf Millionen, wie hier die Aufteilungsmodalitäten sind, das ist noch nicht ausverhandelt, aber ich denke, auch dem Bevölkerungsschlüssel der unter 3-jährigen Kinder entsprechend.

Wie weit sind die Verhandlungen im Allgemeinen abgeschlossen? Es hat die Frauenministerin ihren Part, noch nicht die Familienministerin, das heißt, abgeschlossen sind die Bundesländer Wien, Salzburg, Steiermark und das Burgenland. Abgeschlossen in dem Sinn, dass es mündliche Zusagen gibt, dass man aber noch Feindetails verhandeln muss.

Nicht abgeschlossen sind die Bundesländer, sprich die ÖVP-Bundesländer von der Frau Familienministerin, wo vorgestern der Herr Landeshauptmann Pühringer sogar gesagt hat, na ja, sie hat ja nicht einmal noch das Gespräch mit mir gesucht, ich bin ja bereit zu reden. Aber sie wird das schon noch tun, denke ich mir. Ich hoffe demnächst, weil wir ja ab 1. 1. 2008, nein, da hat man Zeit bis März 2008, entschuldigen Sie, und dann wird der Bund in Vorlage treten, wird dieses Geld bevorschussen und nach Kindertagesheimstatistik, wie das immer so der Fall ist, rechnen dann die Bundesländer ab, wie viele Plätze hier tatsächlich neu geschaffen werden konnten.

Ganz kurz noch zu den restlichen Fragen, die mir gestellt wurden. Vaterschutzmonat halte ich für leider nicht realistisch in dieser Legislaturperiode. Ich teile Ihre Auffassung, Frau Kollegin, dass das eine wichtige Möglichkeit wäre, nämlich auch die Väter, (*Zwiegespräche in den Reihen - Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) ich kann ja trotzdem höflich Frau Kollegin sagen. Oder stört Sie das? Höflichkeit stört Sie? Schade!

Dass der Vaterschutzmonat ein Wunsch auch wäre von mir, weil ich glaube, dass das Ansehen oder allgemein der Umgang damit, dass Männer daheim bleiben, hier angehoben während die Rollenklischees endlich ein bisschen aufgebrochen werden

könnten. Aber wenn wir jetzt schon so ringen um diese Sachen, ist das etwas, was eher in Ferne ist.

Zum Abschluss Sprachförderung. Die fünf Millionen, Sie haben das ohnehin schon angedeutet. *(Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Mein Schlusssatz, wir wollen doch alle, dass Frauen ein selbständiges Leben führen können. Natürlich wollen sie ihr Potential, das sie sich anezogen, erworben haben, durch die Bildungssituation, auch ausüben können, und daher sollen sie auch die Möglichkeit haben, das zu tun, und daher brauchen sie die Rahmenbedingungen, die das Burgenland und alle anderen Bundesländer auch noch verbessern sollten. *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Walter Prior: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich zuerst einmal bei den Damen und Herren Expertinnen und Experten sehr herzlich bedanken für Ihr Eingangsstatement, für Ihr Schlusstatement, wo doch einige Dinge, die heute diskutiert wurden, auch noch beantwortet werden konnten.

Ich darf mich bei allen, die heute hier an dieser Enquete teilgenommen haben, sehr herzlich für die Teilnahme bedanken, aber auch für die Diskussionsbeiträge. Ich glaube, dass am Anfang wir feststellen mussten, es gibt sehr viele Fragen. Wir haben auch viele Antworten gefunden. Es hat viele Anregungen gegeben.

Ich glaube, dass wir zusammenfassend diese heutige Veranstaltung dazu verwenden werden, um in weiteren Verhandlungen, in weiteren Beratungen unter Einbindung auch aller Beteiligten, der Eltern, der Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, auch der Personalvertretung für das Personal mit den Gemeinden und mit dem Land versuchen werden, hier auch das umzusetzen, was heute angeregt wurde, was heute hier beraten wurde. Ich glaube, dass wir doch zu keinen endgültigen Ergebnissen gekommen sind, aber dass es sehr viel gegeben hat, was wir aufgreifen können für weitere Verhandlungen, für die Vorbereitung dafür, dass wir die Kinderbetreuung in diesem Land doch wesentlich verbessern können.

Ich glaube, dass diese Ergebnisse dazu führen werden, dass nach eben diesen Beratungen, die ich angeschnitten habe, es zu guten Ergebnissen kommen wird - für unsere Kinder, für die Eltern und damit für unsere Familien in unserem Bundesland.

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich mich noch einmal bei Ihnen allen sehr herzlich bedanken und darf die heutige Enquete für **g e s c h l o s s e n** erklären. Danke schön. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich darf Sie jetzt anschließend im Foyer des Landtagssitzungssaales zu einem kleinen Imbiss bitten.

Schluss der Enquete: 13 Uhr 16 Minuten